

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1909**

101 (3.5.1909)



# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.  
Abonnementspreis: In's Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:  
Luisenstraße 24.  
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.  
Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr.  
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

Druck und Verlag  
Buchdruckerei Gerd u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Kolb, Residenz, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh. Teil: A. Weichmann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: S. Adel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:  
Karl Biegler in Karlsruhe.

## Zentrum und Arbeiter.

In Nr. 347 der „Kölnischen Volkszeitung“ veröffentlicht Herr Stegerwald, gewerkschaftlicher Generalsekretär, einen „Zentrum und Interessengruppen“ überschriebenen Artikel. Herr Stegerwald will mit diesem Artikel dem Zentrum einen Dienst erweisen, er will insbesondere auch die Opposition gegen die jüngsten hochadeligen liberalen Reichstagskandidaturen als unbillig darstellen. Umso interessanter ist die Klage des Herrn Stegerwald, daß die Vertretung der Arbeiter in den Zentrumsfraktionen nicht entfernt ihrer Stimmenzahl entspräche. Der Artikelschreiber wendet sich auch gegen die allzu agrarische Politik des Zentrums. Als gelehrtiger Schüler der Volkswirtschaftslehre verteidigt er natürlich die „christlich-ausgleichende Gerechtigkeit“ der landwirtschaftlichen Schutzzölle, die der Arbeiterschaft ihre Opfer auferlegen im Interesse des unerfülllichen Großbauernturns; jedoch fügt Herr Stegerwald hinzu, der landwirtschaftliche Schutz dürfe nicht soweit gehen, daß allen größeren Gesehäftsbetrieben der agrarische Stempel zu stark aufgedrückt werde. Siebzig Prozent der Bevölkerung müßten heute ihren Lebensunterhalt außerhalb der Landwirtschaft erwerben, und das Wort: „Gut der Bauer Geld, hats die ganze Welt“, sei für deutsche Verhältnisse zur Agitationsphrase geworden.

Nach Stegerwalds Behauptung stammen 35 bis 40 Prozent aller bei der Reichstagswahl abgegebenen Zentrumsstimmen aus Arbeiterkreisen. Ueber die Richtigkeit dieser Behauptung mag man streiten, Tatsache ist jedenfalls, daß auch bei einem geringeren Prozentsatz die verhältnismäßig geringe Zahl liberaler Arbeiterabgeordneter immer noch in kräftigem Mißverhältnis zu der Stimmenzahl stehen würde, die das Zentrum heute noch von katholischen Arbeitern erhält. Ganze fünf Arbeitervertreter unter 107 Abgeordneten! Herr Stegerwald fragt aber abendrein: Wo und unter welchen Verhältnissen wurden diese gewählt? Die Antwort ist sehr bemerkenswert:

„In der industriellen Rheinprovinz, die zur Zentrumsfraktion des Reichstags 27 Abgeordnete stellt, befindet sich ein einziger aus dem Arbeiterstande hervorgegangener Vertreter (Giesberts-Essen). In Westfalen ist es besser gestellt, aber wie kam dort die Wahl der drei aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Abgeordneten (Schiffer-Necklinghausen, Becker-Amsberg und Wiedeberg-Hamm-Sooft) zustande? Becker wurde als offizieller Zentrumskandidat gegen den ehemaligen Abgeordneten Füsangel gewählt; weite Parteikreise rechneten es damals Becker als großes Verdienst an, daß durch seine Kandidatur endlich einmal der sauerländische Wahlkreis zu mehr geordneten Parteiverhältnissen gelangte. Unter den Zentrumsabgeordneten des Reichstags dürfte sich kaum ein halbes Duzend befinden, die der heißen Aufgabe des Wahlkampfes gegen Herrn Füsangel sich unterzogen hätten. Der Wiedeberg'sche Wahlkreis Hamm-Sooft ist einer der für die Zentrumsparthei unsichersten in ganz Deutschland; er ist in 37 Jahren vorher nur einmal durch die Wahl des westfälischen „Bauernkönigs“ v. Schorlemer-Nist der Zentrumsparthei zugefallen. Somit bleibt auch in Westfalen lediglich der Schiffer'sche Wahlkreis der einzige, der unter normalen Verhältnissen einen aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Abgeordneten wählte. Ein weiterer und der letzte Abgeordnete der Reichstags-Zentrumsfraktion aus dem Arbeiterstande ist Herr Schirmer. Wagners schiedte bei der letzten Reichstagswahl 34 Zentrumsabgeordnete nach Berlin, und wenn sich darunter ein einziger aus dem Arbeiterstande hervorgegangener Vertreter (Schirmer) befindet, so wird man diese Tatsache doch kaum als ein zu großes Entgegenkommen der Zentrumsparthei an die Arbeiter bezeichnen wollen. Ähnlich liegen die Verhältnisse gegenüber den sechs aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Vertretern in der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses; darunter befinden sich zwei (Gronowski [Dortmund-Land] und Saueremann [Mülheim-Ruhr]), mit deren Wahl, infolge der fast völligen Aussichtslosigkeit der Wahlkreise für die Zentrumsparthei bei der Nominierung der Kandidaten kaum gerechnet wurde.“

Konsequenterweise verlangt Herr Stegerwald für die Zukunft eine erheblich stärkere Berücksichtigung der katholischen Arbeiterschaft. Ohnehin wäre, so verfährt Herr Stegerwald, der größte Teil der katholischen Arbeiter, längst bei der Sozialdemokratie gelandet, wenn er nicht im Zentrum eine christliche Volkspartei erblickte. Umso berechtigter sei daher das Verlangen der Arbeiter nach größerem parlamentarischen Mitbestimmungsrecht. Die Furcht vor der Sozialdemokratie,

die Furcht vor dem Verlust der Wählerstimmen der Arbeiter: das ist es, worauf der zentrumschriftliche Gewerkschaftsführer ganz richtig spekuliert. Der Existenz der Sozialdemokratie verdanken die katholischen Arbeitervereine, die christlichen Gewerkschaften, verdankt die zentrumschriftliche Sozialpolitik ausschließlich ihr Dasein; die Furcht vor der Sozialdemokratie ganz allein bewirkt auch die Zuerteilung einiger Zentrumsmandatanten an die katholische Arbeiterschaft. Die Giesberts, Schiffer, Stegerwald und Konsorten haben es lediglich der Existenz der Sozialdemokratie zu danken, daß sie nicht mehr als Arbeiter ihr Brot verdienen müssen, sondern für würdig befunden worden sind, für ihre Person die unübersehbare Arbeiterfürsorge der liberalen Sozialschwindler zu bezeugen. Auch Herr Stegerwald ist der wahre Grund der liberalen Arbeiterpolitik nicht fremd, darum spielt er bei seiner Forderung stärkerer parlamentarischer Einflusses der Arbeiter sehr deutlich auf die sozialdemokratische Gefahr an. Nicht nur Deutschland, sondern auch andere Länder und am drastischsten die sozialkatholischen zeigen es, daß sich der Liberalismus den Teufel um das Wohlergehen der Arbeiter gekümmert hat, so lange sie nicht der „Gefahr sozialistischer Verführung“ ausgesetzt waren. Die Arbeiter können im Elend verkommen, der Liberalismus hat nichts für sie übrig als breite Betteljuppen und salbungsvolles Geschwätz. Erst mußte sich die sozialistische Bewegung der verfluchten Massen annehmen, bevor die Frommen ihr arbeiterfreundliches Herz entdeckten.

Für die Wahrheit dieser Behauptung liefert auch die „Kölnische Volkszeitung“ noch einen Beitrag. In einem ausführlichen Artikel in Nr. 346 beschäftigt sie sich mit der Landtagswahl im westfälischen Wahlkreise Haus-Steinfurt. Das ist ein Wahlkreis im frommen Münsterland in einer Gegend, wo die Sozialdemokratie auch heute noch keine Gefahr bildet und infolgedessen auch die katholischen Arbeiter für das Zentrum nur als Stimmvieh existieren. Diese Arbeiter werden nun heute allgemach auffällig, sie werden von außen her „berührt“ und verlangen nun einen bescheidenen Teil von politischem Einfluß innerhalb ihrer Partei. In dem erwähnten, aus dem Wahlkreise stammenden Artikel des Kölner Zentrumsblattes finden wir die folgenden bezeichnenden Sätze:

„Früher habt ihr euch um die große Masse nicht bekümmert; ihr nie von Zentrumsgrundsätzen gesprochen, ja lautete die Anklage eines Arbeiters in einer Wahlmännerversammlung in Burgsteinfurt. Viel Wahrheit liegt in diesem Satze, denn die Arbeiterschaft im nördlichen Münsterlande ist sich selbst überlassen geblieben; Kreise, die dazu berufen wären wegen ihrer Bildung und ihres Ansehens, rühren noch heute keinen Finger, um die katholischen Arbeiter im rechten Geiste, namentlich politisch zu schulen, der geistliche Präses im Arbeiter-Gesellenverein usw. sieht sich allein mit seinen Mitglidern. Gebildete Laien, Juristen, Aerzte, Lehrer usw. lassen sich in den seltensten Fällen zu ihnen herbei.“

Zum hundertsten, nein zum tausendsten Male finden wir hier aus liberaler Feder die Bestätigung der Tatsache: der katholische Arbeiter wird erst durch die Arbeiterbewegung für das Zentrum zu einem politischen Faktor. Erst die Arbeiterorganisation, die, mag sie auch liberal gefärbt sein, ihre Existenz der Existenz der Sozialdemokratie verdankt, zwingt das Zentrum zu einigen mageren Zugeständnissen an seinen proletarischen Anhang. Der Schwandel der liberalen Arbeiterpolitik kann nicht besser illustriert werden als durch die völlige Nichtbeachtung der Arbeiterschaft in sozialkatholischen Gebieten. Und ebenjogut wie die Sozialdemokratie wissen es auch die liberalen Arbeiterführer, weiß es auch Herr Stegerwald, daß selbst diese lächerlich geringe Zahl von fünf „Arbeitervertretern“ im Zentrum nicht vorhanden sein würde, wenn nicht das Zentrum den Verlust seines Arbeitererfolges an die Sozialdemokratie zu befürchten hätte.

## Die türkische Revolution.

Vom gefangenen Ex-Sultan.

Konstantinopel, 1. Mai. Die Villa Madini in Saloniki, die dem abgesetzten Sultan als Aufenthaltsort angewiesen wurde, ist ständig von einer Volksmenge umringt. Die Kruppen müssen scharf aufpassen, um einen Ueberfall der Villa durch die Volksmenge zu verhindern. Die feind-

liche Haltung der Menge ist auch die Ursache, weshalb Abdul Hamid nach Monastir überführt werden soll. Der Fildiz-Kiosk ist noch immer militärisch bewacht. Wie verlautet, hat Abdul Hamid noch in letzter Stunde vor seiner Abführung einen Mordeversuch, indem er eine junge Fischerstin niederschloß, die sich weigerte, zu beschwören, daß sie bis an ihr Lebensende ledig bleiben werde.

## Opfer der Revolution.

Konstantinopel, 30. April. Aus authentischer Quelle wird mitgeteilt, daß die Gesamtzahl aller in der jüngsten Zeit getöteten Offiziere 25 nicht übersteigt, davon sechs vom Fildiz-Kavallerieregiment, zwei von der Marine, die übrigen sind meistens Infanteristen. Die Gesamtzahl der zum Tode verurteilten Meuterer übersteigt 30 keinesfalls. 10 Todesurteile sind bereits gefällt, darunter das gegen den Feldwebel Hamidi, der gewissermaßen als Generalführer der Meuterer leitete, ferner Oberst Zsmakl Bei aus der Tschaktschla-Kaserne, ein alter Major, der die Truppen vor dem Parlament befehligte und eine Anzahl Soldaten. Alle diese werden gehängt.

## Keine Amnestie.

Paris, 30. April. Nach einer Konstantinopeler Meldung des „Matin“ hatte der neue Sultan den Wunsch geäußert, seine Regierung mit einer Amnestie zu beginnen, mußte aber hierauf verzichten. Die Kriegsgerichte sind in voller Tätigkeit. Zahlreiche Hinrichtungen haben stattgefunden. Die Nachrichten aus den Provinzen lauten andauernd beunruhigend, sodaß sich der heute stattfindende Ministerrat mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird. Mehrere Bataillone gingen nach Adana ab.

## Neueste Nachrichten.

### Parteitag der Nationalsozialen Badens und der Pfalz.

Heidelberg, 2. Mai. Die Landesversammlung der Nationalsozialen Badens und der Rheinpfalz fand Samstag und Sonntag hier statt. Der Vorsitzende des Heidelberger Vereins, Dr. Fürst, wies bei der Begrüßung auf „unser Altäcker“, die Konservativen, und unsere „Hodschas“, das Zentrum hin. Pfarrer Lehmann-Hornberg erörterte die politische Lage in Baden und die Rechtschwankung der badischen Regierungspolitik unter dem Einfluß des Zentrums und unkontrollierbaren preussischen Einflüssen. Er besprach die bekannten Vorgänge der letzten Zeit und die Haltung des nationalliberalen Führers Oberkircher, der wohl manchmal durchaus ehrlich liberal sein wollte, dem aber das Verständnis für das Rechtsverlangen der unteren und mittleren Schichten abgehe. Arbeitersekretär Balzer-Frankfurt als Gast schilderte in seinem Vortrag über „Sozialpolitik und Reichstag“ besonders den Kontrast zwischen Sozialpolitik und agrarischer Politik. Er sagte, das Versicherungswesen zeige heute die Tendenz, nicht zu versorgen, sondern möglichst die Versorgung zu erschweren. Als dritter Redner sprach Professor Albert Weber über: „Die deutsche Politik und die Jugend“. In geistvoller Analyse gelangte er zum Typus des reinen Geschäftsmannes und des Kulturarbeiters. Die Einseitigkeit beider müsse überwunden werden. Dazu, d. h. zu Schaffung eines höheren deutschen Kulturtypus, heiße es demokratische Politik treiben, nicht um praktischer Augenblickserfolge willen, sondern damit wir nicht in jenen beiden Einseitigkeiten „Kulturverfälschen“.

## Privat-Telegramme.

### Auflösung des Reichstages wegen der Finanzreform?

Berlin, 3. Mai. Die Freisinnige Vereinigung hielt gestern und am Samstag eine längere Sitzung ab, in der sie zur politischen Situation Stellung nahm. In der angenommenen Resolution Gothein-Pachnide heißt es u. a.: Ein Zustandekommen der Reichsfinanzreform ist nötig. Die Besteuerung des Besitzes muß durch die Erbschaftsteuer erfolgen. Lehnen sie die Konservativen ab, trifft diese die Schuld an dem Scheitern der Finanzreform. Eine Abkehr von der agrarisch-hochschulmännlichen Politik der letzten Jahre ist dringend notwendig. Im übrigen muß mit der Möglichkeit der Reichstagsauflösung gerechnet werden. Die Parteifreunde werden aufgefordert, alle Vorbereitungen zur Wahl zu treffen.

### Die Konservativen erlassen einen Aufruf.

Berlin, 3. Mai. Die konservative Korrespondenz mahnt in einem Aufruf ihre Parteigenossen zur Festigkeit, Beharrlichkeit und Beharrlichkeit. Es seien schwere Stunden, welche die Partei zurzeit durchzumachen habe, denn draußen im Lande werde eine verheerende (?) Agitation gegen die Konservativen getrieben. Gerade die konservative Partei hätte die Kommissionsarbeiten am meisten gefördert, während alle anderen Parteien die meisten der vorgeschlagenen Steuern abgelehnt hätten.

Seite  
D.R.G.M.  
Nr. 6101  
sich - bereit  
a Bedarf  
en deckt - was  
s hat - bietet  
t ein Herr  
akenstiel  
at vorzüglich  
assform  
t die moderne  
erik. Passant  
stpricht dem  
wchntesten  
eschmack  
garant system  
at Handarbeit  
aus schen  
evr. - u. Bon  
fl. hergestellt  
rd jede Garan  
geleistet  
also der beste  
stiel d. Gegen  
art!  
nur acht, wenn  
r Name „Tock“  
jedem Stiel  
h befindet!  
ostet  
0<sup>50</sup>  
üller  
the  
r. Nr. 101.  
e  
züge,  
anzüge,  
züge  
kauf,  
2250  
iben und  
ische und  
absolute  
ke Schwan)



Politische Uebersicht.

Aus dem württembergischen Landtage.

Bei der Beratung des Etats des Innern kam es bei den Kapiteln der Gewerbe-Inspektion und der Arbeitsvermittlung zu ausgedehnten, sozialpolitischen Debatten. Einem bauerbündlerischen Abgeordneten arbeitet die württemb. Gewerbe-Inspektion zu gründlich; er demagogisierte sie, sie schneffelte in den Gewerbebetrieben hinter dem Rücken der Arbeitgeber. Er erfuhr aber durch den Sprecher der sämtlichen übrigen Parteien, wie auch durch den Minister des Innern, eine entschiedene Zurückweisung. Eine ausgedehnte Erörterung, die zwei Tage in Anspruch nahm, rief ein sozialdemokratischer Antrag hervor, der staatliche Beiträge zur Unterstützung Arbeitsloser verlangte. Der Staat sollte nach diesem Antrage denjenigen Gemeinden Beiträge gewähren, die selbständige Einrichtungen zur Unterstützung treffen, b) an Berufsvereine von Arbeitern und Angestellten Zuschüsse zu den von ihnen an ihre Arbeitslosen gerichteten Unterstützungen leisten. Der Streit drehte sich hauptsächlich um die unter b) beachtete Unterstützung der Arbeitslosen nach dem sogenannten "Genter System". — Sämtliche, aus der Fachliteratur schon bekannten Einwände gegen dieses System wurden namentlich von volksparteilicher Seite vorgeführt und von unserem Genossen Dr. Lindemann in ausführlicher Rede beantwortet. Bei der Abstimmung wurde jedoch der sozialdemokratische Antrag mit 54 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmte der Rest der Volkspartei, die Nationalliberalen, das Zentrum und der Bauernbund.

Das Zentrum hatte in der bei ihm bereits bekannten Manier einen Konkurrenz-Antrag gestellt, der sich vom sozialdemokratischen Antrag in unberechtigter Weise durch seine verschwommene Fassung unterscheidet. Danach sollen den Gemeinden Staatsbeiträge gewährt werden, welche die Unterstützung der Arbeitslosen "in geeigneter Weise organisieren".

Nachdem der sozialdemokratische Antrag gefallen war, stimmte unsere Fraktion für diesen Antrag, obwohl er keine speziellen Direktiven an die Gemeinden enthält und die Empfehlung des "Genter Systems" absichtlich vermeidet. Der Antrag gelangte mit 48 gegen 31 Stimmen zur Annahme.

Der Papst und die christlichen Gewerkschaften.

Vor einigen Wochen war eine Deputation deutscher christlicher Gewerkschaften beim Papst in Audienz. Wie die Zentrumspresse berichtete, soll sich der Papst zugunsten der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen haben. Jetzt kommt der offiziöse Moniteur des Vatikans, der "Observatore Romano" und bestreitet, daß der Papst sich so ausgesprochen habe, wie die "Köln. Volkszeitung" behauptet hat. Diese hält aber an ihrer Behauptung fest. Jetzt veröffentlicht die Deputation der katholischen Arbeitervereine, denen die Ansprache des Papstes gegolten, eine Erklärung, in der sie "voll und ganz für die Richtigkeit ihrer Darstellung", die auch die der "Köln. Volkszeitung" ist, einsteht. Dieser Streit hat nur insoweit allgemeines Interesse, als er wieder einen Blick in die diplomatischen "Geheimnisse ultramontaner Diplomatie" tun läßt. Als vor einigen Jahren die Bischöfe ein Rundschreiben gegen die christlichen Gewerkschaften ergehen ließen und der Freiburger Erzbischof in dem dazu gepaarten Begleitbriefen die christlichen Gewerkschaften in Grund und Boden verdonnerte, wurde eine Deputation christlicher Gewerkschaften beim Erzbischof dagegen vorgeht. Und was erklärte dieser? Er habe diese christlichen Gewerkschaften gar nicht gemeint. Der Papst und die Bischöfe müssen, ob sie wollen oder nicht, sich mit diesen Organisationen einverstanden abfinden. Sie machen gute Miene zum bösen Spiel. Erst wenn die christlichen Gewerkschaften sich einmal vom ultramontanen Einfluß freimachen wollen, wird der kirchliche Bannstrahl gegen sie geschleu-

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

101 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Die drei waren in den Gartensaal getreten. Melitta hatte Oswalds Arm losgelassen und sich der Lampe genähert, den Brief zu lesen, welchen Wemperlein ihr überbracht hatte. Oswald sah, daß sie sehr blaß geworden war, und daß ihre Hand, die den Brief hielt, zitterte. Wemperlein stand, den Blick von Melitta auf Oswald, von Oswald auf Melitta wendend, da wie jemand, der aus einem schweren Schlaf erwachend, sich noch nicht von der Wirklichkeit dessen, was er vor seinen Augen sieht, überzeugen kann.

Melitta hatte den Brief gelesen: Da, Oswald, sagte sie, lies und sage, was soll ich tun. Oswald durchflog das Schreiben, welches, wie Wemperlein schon gesagt hatte, Melitta aufforderte, sich sofort auf den Weg zu machen, falls sie den sterbenden Gatten noch einmal zu sehen wünsche.

Du mußt reisen, Melitta, ohne Frage, sagte Oswald, den Brief wieder zusammenfaltend.

Melitta warf sich stürmisch in die Arme ihres Geliebten: Es war von vornherein mein Wille, zu reisen, ich wollte ihn nur von dir bestätigt hören, sagte sie. Ich reise noch in dieser Nacht, noch in dieser Stunde. — Wollen Sie mich begleiten, lieber Wemperlein.

Ich bin in dieser Absicht hierher gekommen, gnädige Frau, sagte Herr Wemperlein, und habe den Reiseplan schon entworfen. Wenn wir in einer Stunde etwa aufbrechen, sind wir noch vor Sonnenaufgang an der Fähr. Dribben nehmen wir Extrapost bis Passow, von da Eisenbahn. So sind wir übermorgen spätestens an Ort und Stelle.

Sie guter, treuer Freund, sagte Melitta, Wemperleins beide Hände in die ihren nehmend und herzlich drückend. Bitte, bitte, gnädige Frau! rief Herr Wemperlein, ganz

bert werden. Bis dahin läßt man die bekannnten zwei Eisen im Feuer und lobt abwechselnd die katholischen Fachabteilungen und die christlichen Gewerkschaften, die sich gegenseitig bis aufs Messer bekämpfen.

Agrarische Würdigung der Wertzuwachssteuer.

Die Agrarier gebärden sich jetzt als die wütendsten Verteidiger des konservativen Wertzuwachssteuer-Antrages. Der Führer des Bundes der Landwirte, Noeske, gehört mit zu seinen Vätern und verteidigte ihn am Donnerstag in stundenlangender Rede in der Finanzkommission. Das war nicht immer so. Wie die Agrarier, die heute geschworene Feinde der Erbschafts- und Nachlasssteuer sind, früher diese Steuer beifürwortet und in ihrem Agitationshandbuch geradezu als einzig gerechte Steuer empfohlen haben, so waren vor noch ganz kurzer Zeit die heutigen Schwärmer für die Wertzuwachssteuer ihre schärfsten Kritiker.

Die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtags brachte im Jahre 1907 einen Antrag auf Besteuerung der nicht auf Meliorationen zurückzuführenden Wertsteigerung auf Grund und Boden ein, und das württembergische Bündlerorgan, der "Schwäbische Landmann", konnte sich nicht genug in der Beurteilung solchen Vorgehens tun. Er schloß seine Kritik mit folgendem Satz:

"Dieser Eingriff in das Eigentumsrecht der Grundbesitzer ist echt sozialdemokratisch, er öffnet der schlimmsten Willkürherrschaft Tür und Tor. Wer wollte da noch Grundbesitzer sein in einer Gemeinde mit einem sozialdemokratischen Gemeinderat?"

In einem späteren Artikel erklärte der "Schwäbische Landmann":

"Wer eine Wertzuwachssteuer im Prinzip anerkennt, läuft schließlich Gefahr, auf den Standpunkt der Sozialdemokratie gedrängt zu werden. Diese Ansicht würden wir auch jederzeit unsern eigenen Abgeordneten gegenüber vertreten."

Wir konnten bisher nicht feststellen, ob der "Schwäb. Landmann" diese seine Ansicht nunmehr auch den die Wertzuwachssteuer verteidigenden Agrariern gegenüber vertreten hat.

Ausland.

Neue Enthüllungen über die russische Lockspitzelei. Die russische Regierung hat die französische um Auslieferung des Terroristen Feodorow erucht, der mehrere Anschläge verübt und vor zwei Jahren versucht habe, den Minister Witte zu töten. Wie nun der "Matin" behauptet, hat Feodorow dem Pariser russischen revolutionären Komitee sensationelle Enthüllungen gemacht. Er erzählte unter anderem, daß ein gewisser Kasanzow, der sich für einen Anhänger der terroristischen Partei ausgab, in Wirklichkeit aber ein Untergebener des Grafen Duxhövden, des Kanzleidirektors des Großfürsten Sergius, war, ihn aufgeschloß habe, Witte zu ermorden. Er, Feodorow, sei es gewesen, der mit mehreren Gefinnungsgenossen zwei Höllenmaschinen in den Kamin der Wohnung Wittes eingeschmuggelt habe. Der Anschlag mißglückte bekanntlich. Bald darauf habe ihn Kasanzow beauftragt, den Deputierten Solow zu ermorden, weil er angeblich 100 000 Rubel aus der Parteikasse gestohlen habe. Feodorow erklärte schließlich, als er erkannt habe, daß Kasanzow nur ein Lockspitzel und Mitglied der Schwarzen Hundert sei, habe er ihn unter dem Vorwand, daß er einen neuen Anschlag anstellen wolle, um eine Zusammenkunft erucht und ihn auf der Eisenbahnstrecke bei Zrimow erdolcht. "Matin" meint, man müsse sich darauf gefaßt machen, daß die Affäre Feodorow noch sensationellere Enthüllungen bringt als die Affäre Itzew.

im Gegenteil, wollte sagen, nur meine Pflicht und Schuldigkeit.

Ich will mich sogleich zur Reise fertig machen, sagte Melitta, ein Licht ergreifend. Bleibe ruhig hier, Oswald. Wenn jemand von den Leuten dich sehen sollte, bist du mit Wemperlein gekommen: es wird dich aber niemand sehen.

Melitta hatte das Zimmer verlassen. Bald hörte man in dem eben noch so stillen Hause das Geräusch von eiligen Schritten, von Türen, die hastig auf- und wieder zugemacht wurden, von dumpfen Stimmen, die durcheinandersprachen.

Von den beiden Männern wagte in den ersten Minuten keiner das Schweigen zu brechen. Beide fühlten das Wunderliche der Situation, in die sie so urplötzlich geraten waren, vor allem Wemperlein, der sich innerlich noch immer nicht von seinem tiefen Erlaunen erholen konnte. Melitta stand in seinen Augen so unerreichbar hoch da, daß er schließlich nicht zu begreifen vermochte, wie es irgend einem Sterblichen gelingen könnte, sich zu dieser Höhe zu erheben; und auf der anderen Seite war er seit vielen Jahren so daran gewöhnt, alles, was sie tat, für gut und recht und unverbesserlich zu halten, daß er von dieser Regel selbst jetzt eine Ausnahme zu machen nicht den Mut hatte.

Wir gehen uns auf eine gar seltsame Weise wieder, Wemperlein, sagte Oswald endlich.

Ja wohl, ja wohl! sagte Herr Wemperlein. Mein Kommen war weder erwartet, noch erwünscht, ich begreife das vollkommen — die arme gnädige Frau: aber welchen Mut sie hat, welche Schnelligkeit des Entschlusses! Ich habe es ja immer gesagt: sie ist aus besserem Stoffe, als wir anderen Menschenkinder. Ein wahres Glück, daß der Doktor Birkenhain den geheimen Einfall hatte, nicht direkt an sie zu schreiben. So kann ich, wenn auch nicht viel, doch wenigstens etwas zu ihrer Unterstützung tun.

Sie Glücklicher! sagte Oswald. Sie dürfen für sie wirken und schaffen; und ich kann nichts tun, nichts, als ihr eine glückliche Reise wünschen und sodann die Hände müßig in den Schoß legen.

Ich bedauere Sie von ganzem Herzen, wahrhaftig,

Badische Politik.

Im Oberschulrat

schienen zurzeit ganz eigenartige Zustände zu existieren. So berichtet das "Heidelberger Tageblatt":

In allen Ständen und Berufen hört man von einer Arbeitsüberhäufung sprechen. Ob dies auch bei der badischen Oberschulbehörde der Fall ist? Aus folgendem Bericht kommt man es schließen: Der Hilfslehrer A. Dilsberg erhielt am 16. ds. Mts. eine Veretzung nach Siegelbach (Amt Sinsheim). Am nächsten Tage wurde diese aufgehoben und A. nach Rehl-Dorf veretzt. Am Montag reiste er vormittags ab, um seine neue Stelle anzutreten. Er war noch keine zwei Stunden weg, als eine neue Veretzung telegraphisch gemeldet wurde, wonach A. als Schulverwalter nach Hilsbach (Amt Heidelberg) sollte. Beim in Rehl angekommen, konnte nun A. sofort wieder seine Stelle ins Rektariat antreten, um in Hilsbach sein Glück zu versuchen. Nun — das schönste — gibt es im Bezirk Heidelberg gar kein Dorf Hilsbach, sondern Waldhilsbach, das aber einen evangelischen Hauptlehrer hat, während A. katholisch ist. Auch war dem Hauptlehrer in S. nichts zugegangen, wonach ein Schulverwalter an seine Stelle treten sollte. Was nun machen? A. ging nach Dilsberg, um das Telegramm zu holen und seinen Kollegen damit aus seinem toarinen Netz zu verjagen. Aber es kam ihm so weit, da schon am kommenden Tage durch ein neues Telegramm die Aufrechterhaltung der Veretzung nach Rehl gemeldet wurde. Nun dachte A. seine Reise nach Rehl zum zweitenmale machen. Die Empfindungen dieses Mannes kann man sich vorstellen, wenn man bedenkt, daß er 8 Dienstreise hat und auf baldige definitive Anstellung hoffte; ebenso auch die großen Schwierigkeiten, die sich bei dem Möbeltransport ergaben. Wie teuer diese Spazierfahrten zu stehen kommen, kann sich jeder selbst ausmalen. Und wer zahlt? Natürlich wer das meiste Geld hat — der Staat. Wenn man unter solchen Verhältnissen über zu hohe Steuern klagt, braucht man sich nicht mehr zu wundern. Es kann vielleicht der eine oder andere einwerfen, daß in einer Zeit, wie gerade am Anfang eines neuen Schuljahres, wo es viel Arbeit gibt, Fälle, wie der obige, schon einmal vorkommen können. Wer solche Fälle sollen in der letzten Zeit ziemlich häufig vorgekommen sein. Daß solche Vorkommnisse aber allgemeines Kopfschütteln hervorrufen, ist klar. Man fragt eben unwillkürlich: Wo es so fehlt? Liegt Arbeitsüberhäufung vor? Herrscht Mangel an Beamten?

Wenn das, was hier behauptet wird, zutrifft, so werden diese Zustände ein höchst eigentümliches Licht auf die ober-schulrätliche Verwaltungspraxis.

Als Zentrumskandidat

für den Bezirk Neßlirch-Stockach ist der Maschinemeister Kreuzer in Neßlirch in Aussicht genommen.

Die Schlachtvieh- und Fleischschau im 1. Vierteljahr. Nach den amtlichen Berichten der Fleischschau wurden in den Monaten Januar, Februar und März 1909 im Großherzogtum zum Verkauf geschlachtet: Großvieh 87 973 (gegen das 1. Vierteljahr 1908 (mehr 1 786), Mäuler 44 515 (mehr 888), Schweine 104 092 (weniger 14 829), Schafe 5576 (mehr 800), Ziegen 7 681 (mehr 545), Pferde 465 (mehr 14).

Der im letzten Vierteljahr des Jahres 1908 eingetretene starke Rückgang der Schweineschlachtungen (11 097 Stück weniger als im letzten Vierteljahr 1907) hat demnach in verstärktem Umfang angehalten. Der andauernde Rückgang ist wohl auf die durch die letzte Viehzählung erwiesene starke Abnahme des Schweinebestandes zurückzuführen. Infolge der Viehrückstände sind bei allen übrigen Tiergattungen hat aber ein Ausbleiben stattgefunden, so daß eine wesentliche Einschränkung des Fleischverbrauchs nicht eingetreten ist.

Gegen die Tabaksteuer.

In Offenburg tagte am Sonntag, 25. April, eine Distriktkonferenz für Baden und Elsaß. Dieselbe war von 19 Bezirken besetzt. Gauleiter Wd. Heising vom Deutschen Arbeiter-Verband referierte über das Thema: "Die Tabaksteuerung seitens der Reichsregierung und der Vernal in

sagte Herr Wemperlein. Es ist eine schwere Aufgabe, die Ihnen zugemutet wird; aber wo viel Licht ist, da ist auch viel Schatten. Wir werden fleißig schreiben — Sie sollen von jedem Schritte, den wir tun, Nachricht erhalten. Und dann hoffe ich, daß unsere Reise nicht lange dauert, und vor allem, daß Herr von Berkow schon gestorben ist, wenn wir in Nichtenau angekommen.

Das hoffen Sie? und doch scheinen Sie diese Reise für notwendig zu halten?

Genieß, sagte Herr Wemperlein. Es gibt gewisse traurige Pflichten, die man erfüllen muß, nicht der Welt wegen, die uns nicht schelten könnte und schelten würde, wollten wir sie unerfüllt lassen; nicht des andern wegen, denn unsere Opferfreudigkeit zugute kommt und den wir vielleicht weder lieben noch achten, sondern um der Achtung willen, die wir vor uns selber haben. Doch was demotiviere ich Ihnen noch lange vor, was Sie so gut und besser wissen als ich. Sie haben ja auch zu dieser Reise geraten, obgleich Sie doch am meisten dabei verlieren. Es muß eine schauerliche Empfindung sein, so plötzlich aus allen seinen Himmeln gerissen zu werden. Selbstam! selbstam! je länger ich über dies alles nachdenke, desto begrifflicher wird es mir. Ja, ja — daß Sie die herrliche Frau lieben, das ist ja natürlich, so — ich möchte sagen: logisch — das Gegenteil würde harter Unfönn sein: Es muß sie jeder lieben, und um so mehr lieben, je edler sein Herz, je empfänglicher seine Seele für das Gute und Schöne ist. Ihr Herz ist edel, Ihre Seele klingt harmonisch mit allem Schönen zusammen; so müssen Sie auch die schönste und beste Frau von ganzem Herzen, von ganzer Seele lieben. Und auf der andern Seite: ist sie nicht frei? wenn auch nicht vor den Menschen, so doch vor dem Richter, der ins Verborgene sieht? hat sie ihren Gemahl jemals geliebt? konnte sie ihn lieben, dem sie verkauft wurde um schändliches Geld — verkauft von dem eigenen Vater, als sie noch nicht zu jung und zu unschuldig war, das Unbenedict auch nur zu ahnen, geschweige denn zu durchschauen? O! mein Blut kocht, wenn ich daran denke! nein, nein! sie durfte Sie lieben, sie mußte Sie lieben, sie, deren Herz ganz Ihre



Deutscher Tabakverein (Arbeitgeberverband)". Redner ging kurz auf die Entwicklung der Tabakindustrie Deutschlands ein und schilderte die schädigenden Folgen der exorbitanten Zoll- und Steuererhöhung vom Jahre 1879. Neben einer Arbeitslosigkeit, welche 20 000 Personen traf, habe man die Löhne um 3 bis 6 Mk. pro Mille gekürzt und mit Verlegung der Fabrikation in die entlegensten Dörfer des Südens, Schlesiens und Ost- und Westpreußens geantwortet. Seit dem Jahre 1879 habe es die Regierung an Projekten und Steuerentwürfen zur Mehrbelastung im Tabakgewerbe nicht fehlen lassen. Der gemeinsame Protest aller Tabakinteressenten und ihre Bezugnahme auf die umfangreiche Klein- und Mittelindustrie, sowie die äußerst minimalen Verdienste der Arbeiter dieser Branche, habe die Abgeordneten zurückgehalten, den Vorlagen der Reichsregierung ihre Stimme zu geben. Die Tabakindustrie habe sich durch unermüdbare Tätigkeit und den Fleiß ihrer Arbeitskräfte im Verlauf von 10 bis 15 Jahren das Absatzgebiet und den Konsum wieder errungen, wie beim Inkrafttreten der Steuern und Zölle im Jahre 1879. Im Jahre 1908 sei dann zum erstenmale eine Uneinigkeit in den Reihen der Arbeitgeber des Gewerbes zum Ausdruck gekommen, welche die Abgeordneten zum Anlaß nahmen, für die Zigaretten-Verordnungen vorzugehen. Die Regierung und ihre Hintermänner ließen jetzt nicht mehr nach, nun auch eigene Besteuerung der übrigen Tabakindustrie durchzuführen. Man wüßte genau, wo der Hobel anzusetzen war und wandte sich an die Großindustriellen innerhalb der Branche. Trotzdem die Arbeitgebervereine der Fabrikanten am 13. Januar 1909 auf ihrer Generalversammlung einstimmig gegen eine Mehrbelastung protestierten, verlor die erweiterte Ausschuss des Tabakvereins am 22. März 1909 dadurch Beraht, daß er der Reichsregierung eine Zollerhöhung von 85 Mk. auf 140 Mk. pro Doppelzentner anempfahl. Dieser Beschluß sollte geheim gehalten werden, drang aber reich bald an das Ohr der freisinnigen Wähler, welche dann auch sofort einen Antrag unter der Firma „Weber-Kommunen“ formulierten, auf deren Basis die Finanzkommission nun weiter beraten werde. Das Vorgehen jener Großindustriellen sei von nachteiligen, eifrigen, berechnenden Egoismus getragen; man wisse in jenen Kreisen recht gut, daß eine derartige Erhöhung die mittlere und kleinere Industrie vernichte; eben deshalb habe man den Beraht vollzogen. Ihm, Redner, hätten eine Reihe von Großindustriellen bei der Petitionsversammlung erklärt, daß ein Aufschubprozess vor sich gehe, welcher für sie nicht zum Schaden, sondern zum Nutzen und Gewinn werde.

Die Tabakarbeiterschaft habe alles daran gesetzt, um die Gefahr abzuwenden. Auch im 9. Gau sei mit Hochdruck gearbeitet worden. Seit Ende 1907 bis heute seien im alten 9. Gau circa 150 Protestversammlungen abgehalten worden. Die angenommenen Resolutionen wurden den Abgeordneten überreicht. Als dann die Wogen der Bewegung hoch gingen, fand in Berlin ein Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands statt, der alle seine Vorgänger an Umfang weit übertraf. Konferenzen fanden statt und als der Unfall der Wodabgeordneten laubar wurde, setzte man mit einer allgemeinen Volks-Petition ein. Auch hieran beteiligten sich die Tabakarbeiter in Baden und Elsaß in ansehnlicher Zahl. Aus 93 Orten des Gaues habe er 10 898 Unterschriften zusammenbekommen, allein von Tabakarbeitern und Arbeiterinnen. Bei dieser Gelegenheit habe Redner die Wahrnehmung gemacht, daß den meisten die Anweisung gegeben war, dieses den Herren Arbeitgebern zu überlassen. Die Arbeiter waren naiv genug und ließen sich das gefallen, nahmen Abstand von der Unterschrift der Listen. Wie diese Herren die Vertretung ihrer Interessen wahren, hat am deutlichsten die Firma Schindler in Herbolzheim bewiesen, welche die Einführung der Wodabsteuer propagierte. Da könnten sich die Tabakarbeiter Badens und Elsaß gratulieren, wenn diese Firma noch mehr Produktion an sich weiß, denn bekanntlich zahlt diese Firma die niedrigsten Löhne in Baden und Elsaß.

Trotz aller dieser Arbeiten dürfe man in der Protestbewegung nicht erlahmen; es könne immer noch gelingen, eine Majorität gegen eine Mehrbelastung zusammenzubringen. Man müsse sich jetzt an die Abgeordneten des Landes halten, in denen sich der Gau erstreckt, um denselben klar zu machen, welches Unheil für die Tabakarbeiter hereinbrechen, wenn eine Mehrbelastung eintrete. — Nachstehende Resolution gelangte alsdann einstimmig zur Annahme:

An die Herren Reichstagsabgeordneten für Elsaß und Baden! Die am 25. April 1909 im „Walhorn“ in Offenburger tagende öffentliche Konferenz der Tabakarbeiter für Baden und Elsaß, welche aus 19 Distrikten delegiert ist, protestiert auf das

entchiedenste gegen den im geheimen von einer kleinen Interessentengruppe des deutschen Tabakvereins verübten Verrat gegen das Tabakgewerbe. Die Stellungnahme dieser Großindustriellen mit einer Erhöhung des Tabakzoll von 85 Mk. auf 140 Mk. pro Doppelzentner ist wohl berechnet und darnach angetan, der gesamten Kleinindustrie den Todesstoß zu versetzen, um dadurch den gesamten Konsum an sich zu reißen. Die Annahme solcher Steuererhöbungen bringt eine starke Preiserhöhung mit sich und hat einen gewaltigen Konsumrückgang und Arbeiterentlassung von 30—40 000 Personen zur Folge. Dieser Umstand wird erfahrungsgemäß das ausbeutungsgierige Fabrikantentum benützen, die Kammerlöhne und Wochenverdienste der Tabakarbeiter, welche jetzt in obigen Bezirken nur 9 bis 10,50 Mk. pro Woche betragen, noch mehr zu kürzen, um so einen Teil jener Zollerhöhung von sich auf die Arbeiter abzuwälzen. Die armen Tabakarbeiter-Familien werden aber dadurch in ihrer ganzen Lebenshaltung noch mehr heruntergedrückt und sind nicht mehr existenzfähig. Infolge des großen Ueberangebots an Arbeitskräften wird man die Schwachen, die Krüppel und Aelteren unter ihnen aus der Arbeit entlassen. Diese werden den Gemeinden zur Last fallen, weil man ihnen den Erwerb geraubt hat, mit dem sie sich mühselig ernährten.

Des ferneren protestiert die Konferenz gegen die ebenso absichtliche Täuschung der Tabakpflanzer, denen man glauben macht, durch Erhöhung der Auslandszölle werde der Inlandsstabak im Preise steigen. Erfahrungsgemäß wurden aber die höchsten Preise für Inlandsstabak erzielt im Jahre des größten Konsums und flotten Geschäftsganges und demzufolge wird bei einem so gewaltigen Konsumrückgang der billigen und mittleren Waren ein Angebot an Inlandsstabak vorhanden sein, wodurch die Preise sinken und eine Schädigung der Tabakpflanzer eintreten wird.

Die Konferenz protestiert auf das allerstärkste gegen die fragwürdige Art des Steuerschachers durch den ersten Beamten des Staates, den Reichsanwalt Fürst von Bülow, der sich nicht scheut, durch seine Art der Aussprache die Tabakarbeiter zu verhöhnen und ihnen im Interesse der Schonung der bestehenden Klassen die Arbeitsgelegenheit im Gewerbe nehmen will und sie dadurch dem Hunger überantwortet. Die Konferenz erwartet von den Herren Reichstagsabgeordneten für Baden und Elsaß, daß sie in Anbetracht der umfangreichen Zigarettenindustrie, den niedrigen Löhnen und den zu erwartenden Arbeiterentlassungen tunlichst bald eine Erklärung im Reichstage dahingehend abgeben, daß sie gegen jede Mehrbelastung stimmen werden, damit der ungewissen und langen Sorge der Tabakarbeiter um ihre Erwerbstätigkeit ein Ende bereitet wird.

Das Bureau der Konferenz.

### Gewerkschaftliches.

**Achtung, Holzarbeiter!** In Wilbad stehen die Schreiner mit ihren Meistern auf dem Kriegsfuß, deshalb, weil sich die Arbeiter gegen die dort übliche Arbeitszeit von 11 bis 14 Stunden täglich wehren. Im vorigen Jahre hatten die Arbeiter schon versucht, den Zehnstundentag einzuführen, was wohl teilweise gelang, aber im Laufe des Winters von den Meistern wieder auf den alten Modus abgeändert wurde. Dem erneuten Verlangen der Arbeiter in diesem Jahr nach dem Zehnstundentag haben sich die meisten Arbeitgeber, wenn auch nach hartem Sträuben, gefügt. Der Stachel des Widerstandes bildet hier der Schreinermeister Brachohd, seines Zeichens einst der erste Schreinermeister in Wilbad, als er noch seine alten tüchtigen Arbeiter beschäftigte. Jetzt steht es allerdings anders damit. Nach seinen eigenen Ausführungen schätzt er die Leistungen seiner bei ihm beschäftigten Söhne und Verwandten sehr gering ein, denn sonst hätte er nicht in der Werkstatt geäußert: „Wenn die Füscher nur beim Teufel wären; lieber will ich mit fremden Leuten arbeiten, wie mit eigenen. Wenn die Raushuben nur in die Fremde gingen und etwas lernten.“

Ueber diese Dinge reden wir wohl noch ein Wort. Den Schreiner in Baden und Württemberg raten wir dringend, das „Eldorado“ des Meisters Brachohd zu meiden.

Die Lohnkommission.

### Kommunalpolitik.

**Büchenau, 26. April.** Es wurde bei der am Mittwoch, den 21. vor. Mts. hier stattgefundenen Bürgermeisterversammlung der Vorstand vom hiesigen Bauernverein, Herr Johann Zimmermann I, zum Bürgermeister gewählt. Er erhielt 76 Stimmen, sein Gegenkandidat, Herr Gustav Hafensuß, Gemeinderat und Sparkassenrechner, erhielt 70 Stimmen. Wähler waren es insgesamt 158, abgestimmt haben 151. Fünf Stimmen waren gesplittert. Zu bemerken ist, daß es gerade die Arbeiterpartei war, mit einigen anderen bescheidenen Männern vom Bauernstand, die diesen Mann an die Spitze stellten, denn die Mißstände, die in dieser Gemeinde schon jahrelang geherrscht haben, waren haarsträubend. Alles anzuführen, würde zuviel Zeit in Anspruch nehmen. Wir hoffen und glauben auch, jetzt einen tüchtigen, unbescholtenen Mann gefunden zu haben.

### Aus der Partei.

**Bulach, 30. April.** Vergangenen Sonntag hielt der Arbeitergesangverein „Freundschaft“ im Saal zur „Traube“ sein zehnjähriges Stiftungsfest ab. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt, sodas noch eine große Zahl eingeladene Sangesfreunde nicht mehr zugelassen werden konnten. Bei Eröffnung der Feier schilderte der erste Vorstand die Entstehung, sowie das Wachsen des Vereins bis zum heutigen Tage. Er und mit ihm die Sänger dankten dem Dirigenten Herrn Gerbold für seine Mühe und Arbeit, der den Verein auf seine jetzige Stufe gebracht habe. Das aufgestellte Programm wurde in musterhafter Weise erledigt, woran zu erkennen ist, daß wenn Geschlossenheit und Einigkeit geübt wird, auch etwas geleistet werden kann.

Wir sprechen allen, die zur Verschönerung der Feier beigetragen haben, unsern herzlichsten Dank aus. Besonderen Dank verdienen die Vereine aus der Stadt, unsere beiden Patenvereine, sowie die „Harmonie“ und „Freiheit“ Weierheim für ihren sehr zahlreichen Besuch.

### Tendenziöser Schwindel.

„Sozialdemokratische Kampfesweise.“ Duzendmal ist dem „Volksfreund“ schon nachgewiesen worden, was liegen heißt; er scheint es aber nie zu begreifen oder begreifen zu wollen; denn sonst könnte er nicht fortgesetzt der Zentrumspreffe vorwerfen, sie lüge.“ So schreibt das Zentralorgan der Zentrumsparlei, der „Badische Beobachter“ am 29. v. Mts. in Nr. 96. In welch

unerhört leichtfertiger und frivoler Weise aber die Zentrumspreffe lügt und schwindelt, das wieder einmal aus einer Notiz zu sehen, die kürzlich im „Badischen Beobachter“ zu finden war, und die von der Zentrumspreffe in Baden nach dem Grundsat: Der Zweck heiligt die Mittel, Isportiert wird. Der Zweck ist klar erkennlich aus der Ueberschrift der Notiz, die wörtlich lautet:

#### „Genossen“ als Arbeitgeber.

Der Geschäftsbericht der vier Dresdener Arbeiter-Konsumvereine stellt fest, daß in diesen sozialdemokratischen Unternehmungen 1908 bei einem Gesamtumsatz von rund 14 Mill. Mark ein Reingewinn von über 1,33 Millionen Mark, also ein Gewinn von 10 Prozent erzielt worden ist. Dabei hat die Ausgabe für Löhne und Gehälter der in diesen vier Konsumvereinen angestellten 781 Personen zusammen 751 342 Mk. betragen. Das macht auf den Kopf im Durchschnitt rund 962 Mark. Nimmt man an, daß etwa 50 leitende Kräfte aus den vier Konsumvereinen einen Durchschnittsgehalt von 3000 Mk. beziehen — es kommen mehrere sogar auf 5000 Mk. — so beträgt der durchschnittliche Lohn der anderen 731 Angestellten rund 820 Mk. — Gewinn und Entlohnung entspricht also ganz dem großkapitalistischen Prinzip.

Diese Notiz trägt für Kenner der Verhältnisse nicht nur offensichtlich den Stempel tendenziöser Mache, sie verrät auch eine grasse Unkenntnis der betreffenden Verhältnisse. Wir könnten uns damit begnügen, diese Tatsache ganz allgemein festzustellen, wenn wir — durch die Erfahrung gewöhnt — nicht befürchten müßten, daß daraus von unsern schwachen Konsumvereinsfeinden der Schluß gezogen würde, wir wären wahrheitslich nicht imstande, die Angaben positiv zu widerlegen. Deshalb sei zu der Schwindelnotiz folgendes bemerkt:

Bezeichnend ist schon, daß von einem Geschäftsbericht der vier Dresdener Konsumvereine gesprochen wird. Der Macher des Schwindels weiß also nicht, daß jeder der vier Dresdener Konsumvereine einen sehr eingehenden Geschäftsbericht herausgibt, die alle vier gerade die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehr detailliert behandeln und sie so der großen Öffentlichkeit — die Berichte werden auch an die Presse gegeben — zugänglich machen. Der Herr hat offenbar keine Ahnung von dem, was dort drinnen steht! Doch zur Sache selbst. Da stimmt schon die Hauptziffer nicht, die dem Schwindel dienen mußte. Nach den Geschäftsberichten beschäftigten die vier Dresdener Konsumvereine am Geschäftsjahreschluß 1908 nicht 781, sondern nur 672 Personen, und zwar: „Vorwärts“ 378, Preßhon 135, Löbtau 92, Striesen 67, also 109 Personen weniger, als angegeben. Diese Differenz gibt schon der falschen Rechnung ein großes Loch. Ferner wird ganz unerwähnt gelassen, daß sich unter den Beschäftigten über zwei Drittel weibliche Arbeitskräfte, nämlich 468, befinden. Das Tollste leistet sich die Notiz mit der durchaus willkürlichen, völlig aus der Luft gegriffenen Konstruktion der „50 leitenden Kräfte“ mit durchschnittlich 3000 Mark Gehalt. Demnach gingen also allein 150 000 Mk. für diese „leitenden Kräfte“ von der Gesamtsumme der gezahlten Gehälter und Löhne ab. In Wirklichkeit besitzen die vier Vereine als „leitende Kräfte“ zusammen 14 Vorstandsmitglieder (Geschäftsführer, Kassierer, Kontrolleure), die im einzelnen 2000 bis 4200 Mk., zusammen 32 800 Mk. an Gehälter bezogen. Das ergibt für die „anderen Angestellten“ nicht 820 Mark, wie hier vorgelesen wird, sondern 1092 Mark, also 372 Mark mehr Durchschnittslohn! Der Lügenbeutel hat sich also um fast 50 Prozent zu ungunsten der Dresdener Konsumvereine „verrecknet“.

Nun kann man aber eine logale und objektive, ein rechtes Maß gebende Durchschnittslohnrechnung in dieser Weise überhaupt nicht aufmachen, man muß vielmehr die Durchschnitte für männliche und weibliche Arbeitskräfte gesondert berechnen und angeben. Dann erst kommt ein richtiges Bild heraus. — Die weiblichen Arbeitskräfte werden in gleichartigen Privatgeschäften viel schlechter bezahlt, als in den Konsumvereinen. In den Dresdener Konsumvereinen erhalten die Verkäuferinnen 40 bis 85 Mark pro Monat. Das Anfangsgehalt bekommen sie sofort, also während ihrer kurzen Lehrzeit, wo es in bürgerlichen Geschäften oft gar nichts gibt. Die Arbeiterinnen erhalten 12 bis 18 Mark pro Woche, Markthelfer 22½ bis 28 Mark, Bäcker (bei 8stündiger Arbeitszeit) 27 bis 30 Mk., Badmeister 2100 Mk. im Jahr, Kantorinnen 1200—2200 Mk. Die Dresdener Konsumvereine haben weiter seit einem Jahrzehnt 8 Uhr-Abendschluß, und völlige Sonntagsruhe durchgeführt. Alle Angestellten haben Ferien von 6 bis 12 Arbeitstagen; jede Ueberstunde wird mit entsprechendem Aufschlag jedem Angestellten besonders bezahlt. Auf den Hauptlagern und in den Kontoren ist meistens die achtstündige Arbeitszeit eingeführt. Nur vereinzelt wird noch 8½ oder 9 Stunden gearbeitet. Zum Ueberflus sei gesagt, daß sämtliche Angestellte nach den mit ihren Gewerkschaften vereinbarten Tarifen bezahlt werden, bis auf die Lagerhalter, bei denen ein derartiger Tarif noch nicht besteht. Die Lagerhalter beziehen Gehälter von 1850, steigend bis 2200 Mk.

So sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Dresdener Konsumvereine vorbildlich in jeder Beziehung zu nennen. In Dresden selbst würde es denn auch der verboshreste und strupellose Konsumvereinsfeind nicht wagen, nach der Richtung hin anzugreifen. Das blieb nur den Lügenpetern vorbehalten, deren Urteil durch Sachkenntnis aber gar nicht getrübt ist. Sie wissen natürlich auch nicht, oder es paßt ihnen nicht in den Kram, daß etwa 60 Aufsichtsratsmitglieder dieser Dresdener Genossenschaften für ihre Bemühungen und Verantwortung zusammen nur circa 9500 Mk. im Jahre erhalten, bei etwa 14 Millionen Mark Umsatz. Wie winzig ist diese Entschädigung im Vergleich mit den Bezügen der Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften, deren ganze Tätigkeit im Jahre meistens aus ein oder zwei Sitzungen besteht.

Hoffentlich bergeht nach solchen Meisfallen den Leuten, die im Trüben fischen wollen, diese Art Tendenzmache doch etwas. Wenigstens denen, die noch ein Quäkchen Scham besitzen.

### Simplizissimus.

**Stuttgart, 28. April.** Die hiesige Strafkammer bestätigte das schöffengerichtliche Urteil, daß als Ausgabert des „Simplizissimus“ Stuttgart anzusehen sei, da von hier aus die Verteilung an die örtlichen Expeditionen erfolge. Der Verlag des „Simplizissimus“ hatte die Ablieferung eines Pflichtexemplars an die Stuttgarter Polizeibehörde abgelehnt, weil die zuständige Polizeibehörde München sei. Uebrigens hat die Münchener Polizei die Entgegennahme des Pflichtexemplars abgelehnt und auch das Münchener Landgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß Stuttgart zuständig sei. Der Verlag beabsichtigt noch eine Entscheidung des Oberlandesgerichts herbeizuführen.

und Güte ist. Ich freue mich, daß es so gekommen ist, ich wünsche Ihnen Glück von ganzem Herzen. Ich bin ein einfacher, unbedeutender Mensch und würde im Gefühl dieser meiner Unbedeutendheit nimmer den Blick zu solcher Höhe zu erheben wagen; aber, wenn ich einen andern kühn und stolz auf dieser Höhe wandeln sehe, so erfüllt das meine Brust mit Bewunderung, die von Reid frei, ganz frei ist, und noch einmal: ich wünsche Ihnen Heil und Segen von ganzem Herzen!

Herr Bempferlein ergriff Oswalds beide Hände und drückte sie mit Lebhaftigkeit. Die Augen standen ihm voll Tränen; er war innerlich erschüttert.

Und ich danke Ihnen von ganzem Herzen, sagte Oswald gerührt. Der Beifall eines Mannes, den ich so hoch achte, ist mir tausendmal mehr wert, als das Urteil der dummen, blinden Welt. Die Welt wird unsere Liebe verfehlen und verdammen, aber die Welt weiß nichts von Gerechtigkeit.

Rein, sagte Herr Bempferlein, und dennoch ist sie unsere Richterin, deren Ausspruch wir uns fügen müssen, wir mögen wollen oder nicht. Und dieser Gedanke ist es, welcher für meine Augen einen tiefen Schatten auf das sonige Bild einer so reinen, uneigennütigen Liebe wirft. Doch ich will Ihr Herz, das in diesem Augenblicke schon schwer genug ist, nicht noch schwerer machen. Dem Starren und Mutigen hilft das Glück. Sie sind ja stark und mutig und sind es doppelt und dreifach, weil Sie lieben. Es soll ja der Glaube Berge versetzen können. Was dem Glauben gelingt, kann der Liebe nicht unmöglich sein. Doch still, da kommt die gnädige Frau.

Die Tür wurde geöffnet und Melitta erschien im Reifeanzug. Der alte Baumann war bei ihr.

Ich bin bereit, lieber Bempferlein, sagte sie zu diesem, und dann, sich in Oswalds Arme werfend: Leb wohl, lieber Herr! Leb wohl!

(Fortsetzung folgt.)



# Maifeier 1909.

Karlsruhe.

Die Maifeier der Arbeiterchaft der badischen Residenz gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung für den Maigedanken. Vormittags veranstalteten diejenigen, welche den Tag durch Arbeitsruhe begehen konnten, einen Ausflug, der allerdings vom Wetter nicht sehr begünstigt war. Desto mehr hat sich die Abendversammlung im großen Saale der Festhalle zu einem Selbstein der klassenbewußten Arbeiterchaft gestaltet. Der Saal und die Galerien waren dicht besetzt und auch die Frauenwelt war erfreulich stark vertreten. Es waren mehr Teilnehmer zu verzeichnen als im vorigen Jahr.

Eröffnet wurde die Feier durch einen Massenchor der vereinigten Arbeitergefängnisse „Krönt den Tag!“ (von Kurz). Alsdann folgte ein Prolog, gesprochen von Fr. Rosa Wittmer, der tiefen Eindruck machte. Die Festrede hielt Reichstagsabgeordneter Gen. Dr. Frank, welcher folgendes ausführte:

Wenn wir heute die bürgerlichen Zeitungen in die Hand nehmen, so finden wir, daß dieselben lediglich mit zwei Dingen ihre Spalten füllen. Erstens: Bekommt die Königin Wilhelmine von Holland einen Jungen oder ein Mädchen oder überhaupt nichts? Diese Frage ist inzwischen glücklich gelöst. (Geisterlichkeit.) Zweitens: Wie wird es mit unserer Finanzreform? Das ist auch eine schwere Geburt. (Geisterlichkeit.) Bekanntlich haben wir ein Reichsdefizit von 500 Millionen Mark und da ging Wilhelms in den letzten Tagen zuerst zu den Junkern und meinte: Ihr seid doch die patriotischsten Leute, ihr eröffnet jede Versammlung mit einem Kaiserhoch und singt „Deutschland, Deutschland über alles“; ihr helft mir gewiß aus dem „Dalle!“ Gewiß, sagten die Junker, wir sind sehr patriotisch und bringen gerne Opfer, aber nicht aus unserm Taschen. Wieder langem hin und her ist man sich dahin schlüssig geworden, ein Fünftel des Bedarfs, also 100 Millionen, vom Reich und vier Fünftel, also 400 Millionen, wiederum von den „Dummen“ zu nehmen, von der breiten Masse, die es angeblich „nicht merkt“.

In letzter Zeit sind nun die Professoren, Pastoren und Sommergenossen zusammengelassen und haben festgestellt, daß das Volk nichts fehnlicher wünscht, als die 400 Millionen zu zahlen. Die Arbeiter bedanken sich aber für diese „Feststellung“. Nun hat der Professor Wagner den Junkern vorzuhalten gemacht: „Es geht doch nicht an, daß immer und immer wieder die Armen bezahlen sollen. Der Reichstag könnte doch auch einmal etwas tun.“ Da kam er aber schon an. Niedergedrückt, ausgepöfft haben sie ihn, den Herrn Professor, denn — „Nehmen ist seliger denn geben“.

Demgegenüber sagt die Sozialdemokratie: Wir brauchen weniger eine Finanzreform, als eine Reformation an Haupt und Gliedern. Statt unserer Bankrotspolitik wollen wir eine solche Politik des Fortschritts und der Sozialreform. Für den Militarismus zu Wasser und zu Lande werden die „großen Kosten“ in unserm Budget gebraucht und für kulturelle Zwecke die kleinen. Nur 31 Millionen Mark geben wir z. B. als Zuschuß für die Invaliditäts- und Altersversicherung aus und nicht weniger als 1500 Millionen Mark für Kasernen, Kriegsschiffe und Offizierspensionen. Bei diesen Pensionen, da ist man nicht so kniggerig, wie bei den Unfallrenten der Arbeiter, wo man jeden Pfennig genau nachrechnen, damit er ja nicht zu viel bekommt und zu „üppig“ wird.

Die Kosten für den Militarismus sind geradezu ins Fabelhafte gestiegen. 1873 betrug unser Etat für Heer und Marine 300 Millionen Mark, heute geben wir das Fünffache aus. 1871 haben wir von Frankreich 5000 Millionen Mark Kriegsschulden bekommen. Dieselben sind verpöbert bis auf den letzten Pfennig und heute haben wir nahezu ebensoviel Schulden, für die wir 171 Millionen im Jahr allein für die Zinsen zu zahlen haben. So steht es heute um uns. Nun ist ohne weiteres zuzugeben, daß wir unser stehendes Heer von 600 000 Mann nicht auf einmal aus der Welt schaffen können. Aber nach und nach könnten wir dasselbe reduzieren, wenigstens mal um ein Drittel. Wir würden damit 500 Millionen Mark pro Jahr sparen und was könnte damit alles Gutes geschaffen werden? Heute ist z. B. die Altersgrenze für die Altersversicherung 70 Jahre. Wer erreicht die? Wenn dieselbe auf 60, 55 oder gar 50 Jahre herabgesetzt würde, so könnten wir dem Arbeiter, wenn er sich kränkt und lahm geschafft hat, einen Notpfennig geben. Wir könnten Krankenhäuser, Genesungsheime bauen, könnten die Schwindsüchtigen energisch bekämpfen, indem man die blutarmen Arbeiterkinder alljährlich in den Schwarzwald schickt. Wir könnten in jedem Viertel einen Arzt für die öffentliche unentgeltliche Gesundheitspflege anstellen, so wie jetzt in jedem Viertel ein Pfarrer sitzt. Wir können aus Mangel an Mittel für unsere Volksebildung nicht das tun, was notwendig wäre; wir müssen die Talente verkümmern lassen. Bei den Reichen ist das anders, die sitzen in unsern guten Schulen, ob dumm oder geschick. Was bei denen mit dem Kopf nicht gemacht werden kann, macht man mit dem Segelteil vom Kopf. Und das gibt dann unsere hohen Beamten. Für diese gilt das Wort: „Je dümmmer, desto schlimmer!“ Dadurch, daß der Beamtenstand lediglich aus der Klasse der Reichen rekrutiert, daher kommt es, daß derselbe ohne jedes Verständnis für die Bedürfnisse der Massen ist. Was wissen die von der Not des Armen! Das könnte aber alles anders sein, wenn man die Talentierte aus den ärmeren Volksschichten ebenfalls in die höhere Beamtenkarriere einrücken ließe.

Am heutigen Tage sind die Arbeiter der ganzen Welt einig darüber, daß die Völker nicht den Krieg, sondern den Frieden, Bildung und Sozialreform wollen. Was nützt es, wenn heute Wilhelm II. den „biden Edward“ und morgen der „bide Edward“ Wilhelm II. besucht und sie sich umarmen und auf beide Wangen küssen, wenn sie nach Hause kommen und sofort neue Kriegsschiffe bestellen? Das Volk hat das anfangs bid! Man kommt uns da immer mit den sogenannten „Erbsünden“. Aber die Söhne dieser Erbsünden werden von unsern patriotischen Unternehmern massenhaft herbeigezogen, weil sie sich um 80 oder 40 Pfennig pro Tag billiger ausbeuten lassen, wie die deutschen Arbeiter. Hier kennen sie keinen „Erbsünden“. Als im Jahre 1889 der internationale Maigedanke gegründet wurde, hat das Proletariat große Hoffnungen in denselben gesetzt. Wir müssen zugeben, es sind nicht alle Maiblitzen zur Frucht gereift; aber immerhin steht die heutige Arbeiterbewegung im Verhältnis zu jener Zeit wie der Riese neben einem Zwerg. Wir können doch sagen, daß die Massen der organisierten Ar-

beiter der ganzen Welt beginnen, in der Politik mitzusprechen. Die Friedenspolitik der organisierten Arbeiter hat heute schon praktische Erfolge aufzuweisen. Aber dann die andere Seite: Wir haben heute doch eine ganz andere Generation Arbeiter vor uns als damals. Nicht mehr die gedrückten, gedüngelten Arbeitsklaven, die es nicht wagten, dem Unternehmertum die Zähne zu zeigen. Die neue Generation hat bereits von der Luft der Freiheit geatmet; dieselbe ist stolz darauf, mitzuarbeiten und mitzukämpfen, um die volle Freiheit zu erlangen. Dann sind wir insofern in eine neue Etappe eingetreten, als auch die unteren Beamten beginnen, sich ihrer Macht bewußt zu werden. Wir sehen das beim Streik der französischen Telegraphisten. Auch in Deutschland beginnen die unteren Beamten aufzuwachen und zu begreifen, daß ihr Platz an der Seite der Arbeiter ist. Auch die deutschen Beamten werden einmal zeigen, daß man auch in Deutschland „französisch“ sprechen kann.

Arbeiter, erinnert euch an jene Fabel Jacobis: Man sagte einmal dem Ambos, daß er aus dem gleichen Material sei, wie der Hammer; von dem Moment an lehnte er sich dagegen auf, ständig die Schläge des Hammers auszuhalten. Sorgen Sie dafür, daß bald alle Arbeiter begreifen, daß sie nicht immer nur Ambos zu sein brauchen. Arbeiten Sie mit an der Befreiung aus den Fesseln des Kapitalismus. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Nachdem die vereinigten Arbeitergefängnisse noch einige Chöre gesungen, abwechselnd mit der gutbesetzten, vorzüglichen Kapelle Hoffmann, erreichte die wohlgeleitete Feier ihr Ende. Den Schluß bildete ein solennere Morgenstunden beifamienhelt.

## Pforzheim.

Nicht als heiterer Frühlingstag mit Sonnenschein und blauem Himmel, sondern mit Sturm und Kälte, mit Regen und Schnee ist er heraufgezogen, der erste Tag des Maien, den sich die Proletarier aller Länder als Feiertag und Demonstrationstag erkoren haben. Was der erste Maientag zu sehen bekam, ist allerdings auch nicht erfreulich. Schwer lastet die wirtschaftliche Krise auf der Arbeiterchaft, doppelt schwer in Pforzheim mit seiner einseitigen Augustindustrie, auf welche natürlicherweise die Weltkrise doppelt fühlbar einwirken muß. So steht gegenwärtig der Sinn der Arbeiterchaft nicht nach mehr Feiertagen, sondern nach mehr Arbeitstagen; denn wenn seit Wochen und Monaten jede Woche schon 2 und 3 Feiertage unfeiertägigerweise zu vergehen sind, die Not und Sorgen in die Familien der Pforzheimer Industriearbeiterchaft in überreichem Maße gebracht haben, die in der Hauptsache nur gelindert werden durch die Unterfertigkeiten der Gewerkschaften, so wäre es unverantwortlich, diese Feiertage noch durch die Arbeitsruhe am 1. Mai zu erweitern. Aus diesem Grunde wurde hier dieses Jahr von einer energischen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai abgesehen und die Feier durch Arbeitsruhe denen freigestellt, die sie ohne schwere wirtschaftliche Schädigung eintreten lassen können.

Gleichwohl ließ sich aber die Pforzheimer Arbeiterchaft den Weltfeiertag nicht nehmen und am Abend des vergangenen Samstag strömten trotz schlechten Wetters Hunderte in den „Schwarzen Adler“, um an der Festversammlung teilzunehmen. Bald waren Saal und Galerie überfüllt und Männer und Frauen füllten sich eins in der Feststimmung mit dem Proletariat aller Kulturländer. Musik und Gesangsbeiträge wechselten miteinander ab, und ernteten die Arbeiterfänger mit ihren Darbietungen, die unter der neuen Direktion recht gute Fortschritte erkennen ließen, reichen Beifall.

Die Festrede hielt Gen. Richard Hörter von Mannheim, der Kandidat für Pforzheim-Stadt. Er wies darauf hin, daß nun zwei Jahrzehnte verfloßen sind, seit die Feier des 1. Mai auf dem Pariser Kongreß beschlossen wurde. Damals habe man in den Kreisen der Bourgeoisie geglaubt, die Feier des 1. Mai bedeute die Proklamierung der blutigen Revolution, während doch die Arbeiterchaft nur durch Arbeitsruhe, durch Demonstrationen und Versammlungen für die Forderungen der Arbeiterchaft wirken wollte. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise habe zwar die Art der Feier beeinflusst, aber sie sei keineswegs imstande, den Maifestgedanken zu erschüttern. Das zeige auch die heutige, überaus stark besuchte Festversammlung. Der Redner geht sodann auf die Forderungen des 1. Mai näher ein und weist darauf hin, daß trotz allen Widerstandes die Arbeiterchaft durch ihre gewerkschaftliche und politische Tätigkeit dem Müßiggang immer näher komme. Auch auf den übrigen Zweigen des Arbeiterschutzes gehe es dank der opferwilligen Agitation — wenn auch nur langsam — vorwärts. Aber gleichwohl fordere der Moloß Kapitalismus immer noch Tag für Tag unzählige Opfer an Gesundheit und Menschenleben. Die Arbeiterchaft habe gerade in diesen Tagen doppelt Veranlassung, für den Ausbau der Arbeiterschutzes zu demonstrieren, wo die Regierung im Bunde mit dem Unternehmertum an der Arbeit ist, die Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Krankenversicherung zu gerümpeln. Aber auch nach anderer Richtung hin gelte es, auf der Hut zu sein. Wiederum sollen Hunderte von Millionen neuer Steuern auf die Schultern der breiten Masse des Volkes gelegt werden, weil die Besitzenden nicht bezahlen wollen. Wir demonstrieren am 1. Mai auch für den Völkerverfrieden! Denn auch die Blutsteuer, welche dem Militarismus gespeert werden muß, wird in der Hauptsache von der arbeitenden Klasse des Volkes getragen; sie ist es, welche ihre Knochen zu Markte tragen muß, wenn die Mächtigen der Erde ihre ehrgeizigen Pläne verfolgen wollen. Alles das gebe der Arbeiterchaft Veranlassung, in der Feier des 1. Mai nicht zu erlahmen, sondern Schulter an Schulter zu kämpfen auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete. Große Aufgaben harren uns noch in der Zukunft. Deshalb geloben wir uns am 1. Mai treues und festes Zusammenhalten, auch der Frauen, damit ein Geschlecht herausgezogen werde, das den Kampf für eine bessere Zukunft siegreich durchführe!

Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine kernhaften Ausführungen, die in den Herzen der Zuhörer tiefen Widerhall fanden. Ein italienischer Genosse hielt hierauf eine Ansprache an seine italienischen Landsleute, auch ihnen die Bedeutung des 1. Mai vor Augen führend.

Im weiteren Verlauf des Abends gab auch neben weiteren Musik- und Gesangsvorträgen der Genosse Scher einige mit viel Beifall aufgenommenen humoristische Deklamationen und komische Vorträge zum besten und die arrangierte Blumen- und Pfingstverlosung ließ viele Besucher ein blühendes Andenken an den 1. Mai mit nach Hause nehmen.

Nach Abwicklung des Programms schloß ein Tanzergnügen die in ihrer Einfachheit schön und gemühtlich verlaufene Feier.

## Müppurr.

Am Sonntag, 2. Mai, fand im Gasthaus zum „Weinbaum“ unsere diesjährige Maifeier, verbunden mit Gesangs- und humoristischen Aufführungen und turnerischen Darbietungen statt. Genosse W. Kolb hielt die Festrede über die Bedeutung der ersten Maifeier. Er wies darauf hin, wie notwendig es für die Müppurrer Arbeiterchaft wäre, wenn sie sich mehr für die große Sache interessieren und sich dem sozialistischen Verein einreihen würden.

Das Fest nahm einen würdigen Verlauf und wir hoffen, daß die nicht politisch organisierten Arbeiter in unserer nächsten Mitgliederversammlung erscheinen und sich nicht scheuen, ihre Gesinnung zum Ausdruck zu bringen. Wir sprechen ihnen mit sämtlichen Mitwirkenden unsern verbindlichsten Dank aus.

## Ettingen.

Die Maifeier nahm einen sehr schönen Verlauf. Die Beteiligung war eine starke; besser wie bisher war auch das weibliche Element vertreten. Der Arbeitergefängnisverein „Eintracht“ und die freie Turnerschaft trugen durch ihre Mitwirkung sehr viel zur Verschönerung des Festes bei.

## Hagsfeld.

Zu einem wahren Familienfest gestaltete sich unsere Maifeier. 250 Personen nahmen daran teil. Die Festrede des Gen. Zink fand reichen Beifall.

## Daglanden.

Die in der Festhalle abgehaltene Maifeier verlief in einer der Würde des Tages entsprechenden Weise. Gen. Kasterer hielt die Festrede. Der Arbeitergefängnisverein „Ehlothe“ und die freien Turner, vereint mit der Musikkapelle „Lyra“, hatten mit das Fest zu verschönern. Besonders hervorzuheben waren die Leistungen der freien Turner sowie unser Gen. Klingler als Komiker. Wir sprechen allen Mitwirkenden unsern Dank aus. Der Besuch der Feier hätte etwas besser sein dürfen. Das schlechte Wetter, sowie die patriarchalische Arbeit der letzten Wochen taten das Ihrige. Wir werden noch darauf zurückkommen.

## Forchheim.

Die Maifeier nahm einen äußerst befriedigenden Verlauf. Gen. Leich gebachte der Bedeutung des ersten Mai für die Arbeiterklasse. Die Feiern, deren Zahl größer als im Vorjahre war, hielt ein gut durchgeführtes Festprogramm bis zum Schluß in fröhlicher Stimmung beieinander.

## Durlach.

Die Maifeier war sehr gut besucht. Etwa 800 Personen füllten den geräumigen Festhalle-Saal. Gen. S. Eichhorn-Karlsruhe hielt die Festrede. Die Sänger-, die Turner- und die Radfahrer-Sektion des Arbeiterbundes „Vorwärts“ füllten in anerkannter Weise das kurze, aber schon zusammengestellte Programm aus. Ein hübsches, der Tendenz des Festes entsprechendes Theaterstück, ebenfalls von Mitgliedern des „Vorwärts“ ausgeführt, wurde, wie alle übrigen Darbietungen, sehr beifällig aufgenommen. Arbeitsruhe war bei den hiesigen Verhältnissen nur wenigen möglich.

## Kleinfeinbach.

Über 200 Personen fanden sich zur Maifeier ein. Nach der begeisterten Festrede des Gen. Huber-Söllingen blieben die Versammelten bis Sonntag Morgen in fröhlicher Stimmung beisammen.

## Singen (Amt Durlach).

In der am Samstag Abend abgehaltenen Maifeier referierte Gen. Ruppinger von hier über die Ideen des Weltfeiertages.

## Weingarten.

Die Maifeier war recht gut besucht. Der Saal des „Bodhof“ war völlig gefüllt. Die Festrede hielt Gen. Weimann (Karlsruhe); sie fand lebhaften Beifall. Das übrige Maifeierprogramm war geschmackvoll zusammengestellt. Es enthielt Vorträge der Musikkapelle und der Gesangsvereine, sowie turnerische Aufführungen.

## Wilsberg.

Zu einer noch nie im Orte dagewesenen Demonstration gestaltete sich die am Sonntag stattgefundene Maifeier. Von Berghausen, Söllingen, Kleinfeinbach, Singen, Nöttingen waren die Arbeiter und Arbeiterinnen erschienen. Über 400 Personen lauteten den Worten des Gen. Huber-Söllingen, der die Festrede hielt. Die Wendenfeier im „Hirschg“ war sehr gut besucht.

## Bruchsal.

Die am Samstag Abend im „Pring May“ abgehaltene Maifeier war von ca. 200 Personen besucht. Gen. Willi-Karlsruhe hielt die Festrede. Er legte die Bedeutung des Tages in ausführlicher Weise auseinander. Reicher Beifall lohnte den Redner am Schluß seiner Ausführungen. Theater und Gesang mit darauffolgendem Tanz bildeten den Schluß der in allen Teilen schön verlaufene Feier. Allen Mitwirkenden sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

## Rastatt.

Unsere Maifeier verlief in bester Weise. Anwesend waren circa 200 Personen. Gen. Sauer (Karlsruhe) hielt die Festrede. Auch der Arbeitergefängnisverein trug zur Verschönerung des Festes bei.

## Offenburg.

Die diesjährige Maifeier war, trotzdem verschiedene Arbeiter es mit ihrer Würde nicht vereinbaren konnten, das Arbeiter-Maifest gemeinsam zu feiern, doch sehr zahlreich besucht. Gen. Perrotz (Straßburg) hielt eine der Würde des Tages entsprechende Festrede. Das Theaterstück wurde glänzend durchgeführt; auch die gesanglichen Darbietungen unter Leitung des Gen. Wolf-Ged waren gut. Mäße der Appell, die Organisationen zu stärken, die Parteipresse zu abonnieren und dem Gesangsverein „Freiheit“ beizutreten, auch beherzigt werden.

## Lahr.

Die gestrige Abendversammlung auf der „Schanze“ war gut besucht. Die Festrede hielt Gen. Monst (Offenburg). Das Lokal wurde tags zuvor von der Militärbehörde boykottiert. Möge die Lahrer Arbeiterchaft endlich einmal die einzig richtige Antwort darauf geben.

## Freiburg.

Die Maifeier nahm einen würdigen Verlauf. Im Kolosseum waren circa 500 Personen anwesend. Die Festrede hielt Gen. Grumbach.



**Villingen.**

Die Maifeier nahm bei einer Teilnahme von über 800 Personen einen klaren Verlauf. Gen. Grahl-Erberg vertrat es vortrefflich, die Bedeutung des 1. Mai den Teilnehmern darzulegen. Er forderte zum Schluß zum Beitritt zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation auf und hoffte, daß seine Worte auf fruchtbaren Boden fielen. Das Theaterstück: „Eine Märgnacht“, fand großen Beifall. Lobende Anerkennung verdienen auch die Leistungen des Gesangsvereins „Freiheit“ und „Freie Turnererschaft“, welche letztere 10 gelungene Freimühen ausführte. Trotz Verächtlichmachung des 1. Mai seitens der hiesigen Pfarrhofspresse war der Besuch größer wie nie zuvor.

**Gausen.**

Unsere diesjährige Maifeier, die durch einen Lichtbildvortrag des Gen. J. Guggenheim aus Neuklingen veranschaulicht wurde, war gut besucht. Anwesend waren ca. 180 Personen. Als erfreulich darf der gute Besuch von Seiten der Frauen bezeichnet werden. Ueber die Bedeutung des 1. Mai referierten die Gen. Zumtobel und J. Guggenheim. Die Feier nahm einen überaus schönen und würdigen Verlauf.

**Schopfheim.**

Unsere Maifeier erfreute sich eines guten Besuches; derselbe wäre bedeutend besser geworden, hätte nicht ein starker Schneeeisregen auf die Nacht eingeleitet. Die Darbietungen der Musikkapelle „Eintracht“, die Gesangsvorträge des Gesangsvereins „Vorwärts“, Schopfheim-Bahnau, ebenso die Leistungen der „Freien Turner“, welche zum erstenmal öffentlich auftraten und Pyramiden- und Marmorgruppen vorführten, wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Feste des Gen. Müller fand ebenfalls ungeheuren Beifall. Nur wenige waren in der Lage, den Tag der Arbeitsruhe zu begehen.

**St. Georgen (Schwarzwald).**

Die von ca. 60 Personen besuchte Maifeier nahm einen schönen Verlauf. Gen. Müller-Karlsruhe hielt die Feste, der Gesangsverein „Vorwärts“ trug einige Lieder vor und einige Genossen gaben gutgelungene Zither- und Gesangsvorträge zum besten. Den Mitwirkenden sei an dieser Stelle der Dank ausgesprochen.

**Konstanz.**

Zum erstenmale erhielt dieses Jahr der geplante Maiumzug die behördliche Genehmigung. Es wurden allerdings die sehr beengenden Bedingungen daran geknüpft, daß keine Ausländer teilnehmen und keine roten Fahnen mitgeführt werden dürfen. Ersteres mit der Begründung, daß dadurch die öffentliche Ordnung gefährdet werden könne und daß die roten Fahnen die Einwohner in Erregung bringen könnten. Nun, der Umzug fand statt. In ganz stattlicher Anzahl unter Vorantritt einer Musikkapelle marschierten die Teilnehmer durch verschiedene Hauptstraßen und Konstanz konnte am Abend sich beruhigt zur Ruhe legen — es war einer großen Gefahr entkommen. Am Abend war große Festversammlung in „Hufenteller“, die von ca. 500 Personen besucht war. Gesangsvorträge wechselten mit Musik in bunter Reihenfolge ab. Die Feste des Gen. Stolle hielt die Versammlung in großer Aufmerksamkeit und der reiche Beifall während und zum Schluß derselben bewies, daß der Festredner vom Herzen zu den Herzen gesprochen. Ein kleines Tänzchen schloß sich dem Programm an und hielt die Teilnehmer in gemüthlicher Stimmung zusammen. Die Maifeier darf als eine gelungene bezeichnet werden. Mögen die Konstanzener Parteigenossen, angefeuert durch die schöne Feier, sich auch fernerhin zu erster Parteithätigkeit zusammenfinden.

**Radolfzell.**

Unsere Maifeier war den Verhältnissen entsprechend gut besucht. Ein Umzug fand nicht statt. Dagegen war die Abendfeier von ca. 100 Personen besucht. Gen. Müller hielt die Feste, welche beifällig aufgenommen wurde. Im allgemeinen war die Feier einfach und schlicht. Hoffen wir, daß dieselbe dazu beiträgt, das politische Leben hier zu heben.

**Bretten.**

Den 1. Mai feierte die hiesige Arbeiterschaft im „Bad. Hof“. Gen. Krohn-Heidelberg hielt die mit großem Beifall aufgenommene Feste und Gen. Fröhlich-Durlach trug mit gutem Humor gewürzte komische Vorträge vor. Ein gemüthliches Tänzchen schloß die gut verlaufene Feier. Der Besuch ließ leider zu wünschen übrig.

**Mannheim.**

Am Vormittag fand eine Versammlung der Feiernden statt. Diejenigen Parteigenossen, welche sich an der Arbeitsruhe nicht beteiligen konnten, fanden sich abends in den Versammlungen der einzelnen Stadtteile ein.

In der Umgebung von Mannheim waren die Abendfeiern zahlreicher wie sonst. Die Feier in Heidelberg war ebenfalls gut gelungen.

**Mühlhausen i. Gl.**

Zwei Versammlungen vormittags waren von ungefähr 600 Feiern besucht. Im Baugewerbe war die Arbeitsruhe fast auf allen Baustellen durchgeführt. Am polizeilich genehmigten Umzug mittags 2 Uhr beteiligten sich 1200 bis 1500 Feiern. Leider beeinträchtigte die ungünstige Witterung den Schluß der Tagesdemonstration.

**Berlin.**

Es waren 81 Versammlungen angelegt. Ueberall in den Versammlungen wurde eine Mai-Resolution angenommen, worin der Normalarbeitstag von 8 Stunden, eine mindestens 88 Stunden dauernde Ruhepause für jeden Arbeiter in der Woche und Verbot jeglicher Erwerbsarbeit für Kinder im Alter unter 14 Jahren gefordert werden.

Außerdem wird die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts, die Sicherstellung des Koalitionsrechts, volle Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie die Erweiterung der Rechte der Arbeiter bei der Arbeiterversicherung gefordert. Zwischenfälle bei den Versammlungen kamen nicht vor. Sprecher waren meist die Gewerkschaftsführer oder sozialistische Abgeordnete.

**Oesterreich.**

Die Arbeiter-Maifeier ist in Wien und in den größeren Provinzstädten ohne besonderen Zwischenfall verlaufen.

**Holland.**

Amsterdam, 2. Mai. Abends fand zur Maifeier ein großer sozialistischer Demonstrationzug statt; gleichzeitig hielten die Anarchisten im Industriepalast ein Meeting ab, worauf sie ebenfalls einen Umzug veranstalteten. Man befürchtete Zusammenstöße mit der patriotisch gesinnten Menge, die unter Liebert sich durch die Geschäftsstraßen drängte.

**Belgien.**

In Gent waren anläßlich des 1. Mai die Lokaltäten des Rathhauses geschlossen entsprechend einem Beschluß des sozialistischen Gemeinderats. Abends besuchten zahlreiche Genossen die Theateraufführungen. Einen besonders großen Umfang hat die Maifeier diesmal in dem Kohlenbeden und Industriezentren genommen. Zu Ruhefestigungen ist es nirgends gekommen.

**Frankreich.**

In Paris sind aus keinem Teil der Stadt ernsthaftere Verwundungen zur Störung der Ordnung signalisiert worden. Gegen Abend mehrte sich der Zustrom der Arbeiter in der Umgebung der Arbeitshörse. Es kam auch zu Reibereien zwischen einer Gruppe Manifestanten und der Polizei, die jedoch keinen größeren Umfang annahm. Einige Mißstimmung erregte die Nachricht, daß acht Bedienstete des Haupttelegraphenamts suspendiert worden sind, weil sie sich angeblich eine schwere Insultation gegen den diensttuenden Direktor zu schulden kommen ließen.

In Boulogne kam es zwischen feiernden Arbeitern und Arbeitshörigen zu einem Handgemenge. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. In Havre durchzogen einige tausend Kundgeber die Straßen der Stadt unter Absingung der Internationale. — In St. Etienne versuchten Kundgeber die Türen gewaltsam zu schließen, wurden aber daran gehindert. Auch in den staatlichen Waffenfabriken wurde gefeiert.

**Italien.**

In einigen Provinzstädten feierten die Straßenbahner mit Erlaubnis der Behörden. Ueberall fanden Massenversammlungen und Umzüge statt, in denen besonders die Abschaffung der Getreidezölle und die Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts gefordert wurde.

**Badische Chronik.**

**Durlach.**

— Eine aufsehenerregende Verhaftung fand am Samstag Vormittag auf dem hiesigen Postamt statt. Ein in Karlsruhe in kaufmännischen Kreisen bekannte Persönlichkeit wurde festgenommen. Wie verlautet, soll es sich um Bettelheimdeleien anläßlich der internationalen Rennen in Paris handeln, wogegen die Mithilfe eines hiesigen Postbeamten gewonnen werden sollte. Der betreffende Beamte war aber vorsichtiger und ließ den Mann verhaften. Auf die späterhin noch bekannt werdenden einzelnen Details dürfte man gespannt sein.

**Erllingen.**

— Die Volksversammlung, welche auf heute Abend angefangen war, kann nicht stattfinden, sie muß infolge Verhinderung des Referenten auf einen späteren Datum, welcher noch bekannt gegeben wird, vertagt werden.

**Rastatt.**

— Bürgerauswahl. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerlisten zur Bürgerauswahl von heute Montag, 3. Mai, auf dem Rathaus und von Dienstag, 4. Mai, im Lokale zum „Schützen“ aufhängen. Versäume also kein Wahlberechtigter, sich davon zu überzeugen, ob er in der Wählerliste steht.

**Baden-Baden.**

— Sozialdemokratischer Verein. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Montag, 3. Mai, im „Bratunersgäßle“, abends halb 9 Uhr Mitgliederversammlung stattfindet. Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige und wird erwartet, daß der Besuch der Versammlung ein guter wird. — Die Bahnsteigsperrre ist endlich einer zeitgemäßen Reform unterzogen worden, nachdem lange Zeit hindurch recht mißliche Zustände herrschten, indem niemand ohne Fahrkarte oder Bahnsteigkarte in die Wartehalle gelangen konnte. Nummer 1 ist die innere Bahnsteigsperrre aufgehoben und dafür auf den Perron verlegt worden.

Silbertau, 29. April. Von einem schweren Schicksalsschlag ist dieser Tage die Familie des hiesigen Mesners betroffen worden. Bei einer Abendandacht in der Kirche erlitt die 20 Jahre alte Tochter des Mesners einen Herzschlag, der ihren sofortigen Tod herbeiführte. Der Vater war darüber so erregt, daß er, nach Hause gekommen, ebenfalls von einem Schlaganfall ereilt wurde. Auch er war sofort tot. Vorgefunden wurden beide beerdigt; zu ruhen nun Vater und Tochter nebeneinander auf dem Friedhofe.

Rehl, 29. April. Leichenführung. Gestern Mittag wurde im Rhein die Leiche einer etwa 40 Jahre alten Frauensperson gelandet.

Emmendingen, 29. April. Die bekannte Honigfälschungs-Affäre wurde gestern vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. Der Angeklagte, der Vorstand des Bezirks-Bienenzuchtvereins Emmendingen, Oberlehrer Rilling in Theningen, erhielt wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz 300 M. Geldstrafe.

Rohel, 29. April. Schadenfeuer. Gestern Abend brannte das Anwesen des Landwirts J. Dröndle vollständig nieder.

Lahr, 29. April. Unglücksfälle sind jetzt hier an der Tagesordnung. Mehrere Schulknaben tunkten gestern Abend in der schwachen Brüstung eines Kellerhauses herum, drei stürzten hinab, jedoch dem einen das Blut aus Mund und Ohren strömte und eine schwere Gehirnerschütterung davontrat. Hoffentlich trägt dieser Unglücksfall, der nicht der erste dieser Art in hiesiger Stadt ist, dazu bei, daß mehr wie bisher darauf gesehen wird, daß die Eingänge zu den Kellern, die hier vielfach an der Straße liegen, gut verdeckt werden.

Bretten, 30. April. Feuer brach heute Nacht halb 2 Uhr in der Scheune des Meisters Weitel sen. aus, das durch den herrschenden Wind reichlich Nahrung fand. Es gelang jedoch der anstrengenden Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehr, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Abgebrannt sind Scheune und Schuppen des Genannten, sowie das Wohnhaus der Witwe Schlegel. Durch Brandschaden haben das Wohnhaus des

Weitel, sowie das Manufaktur- und Aussteuer-Geschäft des Emil Kaiser schwer gelitten. Dem Schneidermeister Berres ist sämtliche Habe verbrannt und nur mit Not konnte das Leben seiner Familie gerettet werden.

Mannheim, 29. April. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich gestern Abend am Ludwigshafener Brückenübergang, dem Schauplatz zahlreicher Verkehrsunfälle. Der 57 Jahre alte, verheiratete Schreiner Kirchhart von Mundenheim wollte noch kurz vor der hinter ihm herkommenden Elektrischen mit seinem Rade das Schienengeleise überqueren, geriet jedoch anscheinend in einen Riß, was seinen Sturz zur Folge hatte. Der Führer des Straßenbahnwagens bremste mit aller Macht, der Wagen war aber durch die abfallende Straße zu stark im Schuß und die Schutzvorrichtung ging über den bedauernswerten Mann hinweg und quetschte ihn derart, daß die Eingeweide zutage traten. Der Verunglückte erlitt furchtbare Verletzungen am Kopfe, der Brust und an den Beinen. Er starb unter den Händen des Arztes.

**Zentrumskampfstreife.**

In einer Polemik gegen uns in Sachen der „Merikanischen Umarmung in Württemberg“ bedient sich der „Bad. Beobachter“ folgender Ausdrücke: „Lausbubenhaft gemein“, „sozialdem. Frechheit“, „Bubenfrechheit“, „komplette Lausbuberei“ usw. Ferner nannte er einen Teil unserer Abonnenten „erbärmliche Schlappschwänze“.

Wir begnügen uns mit dieser Konstatierung. Bei der Gelegenheit wollen wir dann noch Herrn Pfarrverweser Seigler und dem Herrn Kaplan unseren verbindlichsten Dank für die wirkungsvolle Reichsthal-Melanie für den „Volksfreund“ aussprechen. Dieselbe hat uns nach dem gestern eingegangenen Bestellschein des Filialinhabers pro Mai bis jetzt 6 neue Abonnenten für Württemberg gebracht. Wir bitten um weitere geneigte Verfolgung.

**Ein schauerlicher Fund.**

Sandhausen, 30. April. In einen Saal eingedrungen wurde gestern Nachmittag im Rhein — am Zwerghaus — die Leiche eines Mannes gefunden. Die Leiche war entkleidet. Der Kopf ist vom Rumpfe getrennt, ebenso sind die Beine abgeschnitten. Ein Bein lag ca. 100 Meter von der Fundstelle des Rumpfes entfernt. Der Kopf konnte noch nicht aufgefunden werden. Die Leiche soll nach der „Volksstimme“ circa drei Wochen im Wasser gelegen haben. Offenbar liegt ein Verbrechen vor, doch konnte Näheres hierüber nicht ermittelt werden.

**Aus Freiburg.**

Freiburg, 3. Mai.

**Voranschlagsberatung.**

(Fortsetzung.)

Es wird die Verhandlung über Straßen, Wege und Anlagen fortgesetzt. Tiefbaumeister Buhle geht auf die einzelnen Beschwerden ein. Asphaltierung der Straßen empfiehlt sich nur, wo der größere Teil der Straßen gepflastert sei und wo nur geringe Steigungen seien. Das Kleinpflaster sei haltbarer und billiger als Asphalt. Der Gehweg in der Kolonnenstraße könne nicht durchgeführt werden, weil für die notwendigen 128 Quadratmeter Gelände 17 000 M. verlangt werden. Gleichzeitig mit der Höllentalbahnverlegung tritt auch eine Korrektur der Wenzingerstraße und Schneelinsstraße ein. Die beiden engen Unterführungen rechts und links der Dreifam werden durch solche ersetzt, welche den heutigen Verhältnissen entsprechen. Was die Ablehnung eines Baugesuchs des Fabrikanten Weimann betreffe, so sei es nicht richtig, daß man dem Herrn ungerechte Schwierigkeiten bereitet habe. Die Stadt sei dem Herrn entgegengelaufen; derselbe habe aber sein Gelände verkauft und habe seine Fabrik in St. Georgen erbaut. Dann folgen eine Reihe von Wünschen nach festem Trottoir, Straßenpflasterung, neuen Laternen, Bedürfnisanstalten und dergleichen. Zimmerhain kann man konstatieren, daß diese Wünsche diesesmal beim richtigen Punkt vorgebracht wurden, während in früheren Jahren diese heiklichen Dinge die Generaldebatte ausfüllten. Die Vertreter der Vororte brachten ihre Wünsche recht dringend vor. Der Vertreter von Bechenhausen beklagte sich, daß die Polizei jetzt Straßeneinigung verlange und meint, die Stadt solle das übernehmen. Bessere Beleuchtung wird von allen Vororten, besonders für die Zugangsstraßen, gewünscht.

Volkschule. Hier liegt ein Antrag von der Bürgervereinnung und den Sozialdemokraten vor, das Anfangsgehalt der Arbeitslehrerinnen von 900 M. auf 1100 M. zu erhöhen. Der Vorsitzende gibt hierzu bekannt, daß eine Neuregelung der Gehälter in nächster Zeit vor sich gehe, worauf der Antrag zurückgezogen wird. Den Antrag auf unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel begründet Genosse Grumbach damit, daß in den Mittelschulen pro Kopf der Schüler höhere Beträge aufgewendet werden. Es werden nach Abzug des Schulgeldes aus der Stadtkasse für den einzelnen Schüler pro Kopf aufgewendet: An der Oberrealschule 180 M., Realgymnasium 180 M., Höhere Mädchenschule 90 M., Knabenbürgerschule 170 M., Mädchenbürgerschule 90 M., Volksschule 80 M. Die jetzige Art der Verabreichung sei für die Empfänger demütigend, indem die Eltern ein Formular mit dem Schlußsatz: „Der Unterzeichnete ist außer Stande, seinem Kinde die Lehrmittel zu beschaffen“, unterzeichnen müsse. Das Argument, daß man damit den Eltern die Verantwortung abnehme, sei nicht stichhaltig und würde immer angewandt, wenn die Gesamtheit etwas für die unteren Schichten tun soll. — Obmann Kauf wendet sich gegen den Antrag, weil er erst vor sechs Wochen abgelehnt worden sei und, nachdem die bürgerlichen Vertreter drei Stunden mit ihren persönlichen Wünschen zugebracht hatten, machte er uns den Vorwurf der Zeitverwässerung. Man dürfe doch den Eltern nicht alle Verantwortlichkeit abnehmen. Die Umlage müßte um einen halben Pfennig erhöht werden. Es sei selbstverständlich, daß man für Mittelschulen mehr ausgeben als für Volksschulen. — Der „christliche“ Arbeitervertreter Stoder wendet sich ebenfalls gegen den Antrag. Er ist damit zufrieden, wenn der ominöse Schlußsatz auf dem Formular beseitigt wird. — Stadt. Gen. Engler weist die vorgebrachten Argumente scharf zurück. Die Herren vom Zentrum hätten es immer eilig, wenn über die Volksschule verhandelt wird, der Bedürftigkeitsnachweis sei demütigend. Und wenn Herr Kopf dafür kein Gefühl hat, so sei das bedauerlich. Es sei das delatorische Politik. Nach außen sagt man, wer die Lehrmittel will, braucht es nur zu sagen; bei Durchführung aber werden dann die Leute gedemütigt. Für einen Schüler,



welcher drei Jahre die Volksschule und 9 Jahre die Oberrealschule besucht, werden 1410 M. aufgewendet und für einen Volksschüler in 8 Jahren 640 M. Diese Lastfrage kann auch Herr Kopf nicht aus der Welt schaffen und sie bleibt eine Ungeheuerlichkeit. — Von liberaler Seite sprach der Stadtv. Mansf mit gleich fadenförmigen Argumenten gegen den Antrag. Bei der Abstimmung stimmten die Liberalen und das Zentrum fast ausnahmslos gegen den Antrag, die Mehrheit der Bürgervereiner und die beiden Demokraten und Sozialdemokraten dafür. Die namentliche Abstimmung war den Herren recht unangenehm; 50 stimmten dagegen, 11 dafür.

Dann kam der Antrag auf Anstellung des Schularztes. Dieser Antrag wurde von der gleichen Seite bekämpft. Begründet wurde der Antrag vom Stadtv. Gaal. Ein großer Prozentsatz der Kinder sei mit Krankheiten behaftet, die oft von den Eltern nicht erkannt werden, welche aber, wenn sie vom Arzt festgestellt sind, in den meisten Fällen leicht geheilt werden können. Die Volksgesundheit könne dadurch sehr gehoben werden. — Der Stadtv.ordnenen Vorstand wendet sich gegen den Antrag wegen des Kostenpunktes. — Der Stadtv. Hutter gibt unseren Genossen gute Belehrungen, worauf ihm Genosse Grumbach erwidert, daß wir Belehrungen von ihm ablehnen müssen, da er uns bei der Stellung von wichtigen Anträgen „Populärtheater“ vorgeworfen und uns beleidigt habe, daß wir Lügen hinaustragen. Da das Haus offenbar beschlußunfähig ist, wird auf Antrag des Genossen Engler die namentliche Abstimmung auf den Schluß der Sitzung vertagt. In der weiteren Debatte verlangte Gen. Engler, daß die Volksschulen besser mit Lehrmitteln ausgestattet werden sollen. Bezüglich der Schulärztin seien Beschlüsse dahin ergangen, daß die Behandlung zu wenig gründlich sei. — Das Lehrere wird vom Vorsitzenden bezweifelt, da der Zahnarzt sehr fleißig sei. — Einem anderen Wünsche von Genosse Engler, bei der Arbeiter-Schule das Gärtnchen zum Hof zu nehmen, damit die Kinder mehr Platz zum Spielen haben, wird Erfüllung zugesagt. — Stadtv. Knibbe wünscht, daß in der Karlschule ein Bad eingerichtet wird. Verschiedene Stadtv.ordnete wünschen den Ausbau des Stühlinger Schulhauses, da die Volksschulräume fast alle besetzt sind. — Genosse Grumbach wünscht, daß an bedürftige Kinder im Winter warmes Frühstück abgegeben wird.

Der Antrag, einen Schularzt anzustellen, wird mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Liberaler, Zentrum und Stadtrat stimmten geschlossen dagegen. Die Debatte über die beiden Anträge hat gezeigt, daß die fadenförmigsten und unsinnigsten Argumente gerade gut genug sind, um das volkschulfeindliche Verhalten dieser Herren zu maskieren. Magie doch der Bürgermeister Dr. Thoma vor der Lehrmittelfreiheit damit grüßte, daß er sagte, die Kinder gäben dann nicht mehr acht auf die Bücher und würden dann jedes Jahr 2-3 Bücher brauchen.

### Aus der Residenz.

Karlsruhe, 3. Mai.

#### Achtung, Ortskrankenkassenvertreter!

Auf die heute Montag Abend 1/2 9 Uhr im großen Rathsaal stattfindende Generalversammlung der Allgem. Ortskrankenkasse seien die Vertreter hiermit nochmals mit dem Ersuchen um zahlreiches und pünktliches Erscheinen aufmerksam gemacht.

#### Versammlung der Maurer.

Zum erstenmale seit zwei Jahren fand am Mittwoch wieder eine Versammlung der Maurer im Kolosseum statt. Die Versammlung war im Verhältnis zu der geringen Zahl der zurzeit hier beschäftigten Bauarbeiter sehr gut besucht. Gauleiter Horter aus Mannheim referierte über: „Die Lage im Baugewerbe und unsere Aufgaben“. Er erinnerte daran, daß viele Kollegen der Verzweiflung nahe waren, als der lange Winter kein Ende nehmen zu wollen schien. Nun hat die Natur geholfen, draußen prangt alles im Frühlingkleid und damit ist auch bei den Bauarbeitern wieder Hoffnung eingetreten auf Besserung. Die Bautätigkeit ist in den letzten Jahren sehr zurückgegangen, mit ihr auch die Zahl der Beschäftigten. Die auf das jetzige Jahr gesetzten Hoffnungen haben sich wenigstens zum Teil erfüllt, es ist schon jetzt eine Besserung bemerkbar. Die Krise in Amerika, die in allen Industrieländern, so auch bei uns in Deutschland, durch den Rückgang der überflüssigen Arbeitermassen, die Entziehung der Geldbestände und die Lebensschwemmung des Weltmarktes mit billiger amerikanischer Ware verheerende Wirkungen ausgeübt hat, sei als Überbunden zu betrachten. Die Geldknappheit werde auch wieder beseitigt und der Zinsfuß ermäßigt werden. Dadurch werde besonders das Baugewerbe wieder belebt werden. Die Berichte aus verschiedenen Gegenden Deutschlands lassen eine entschiedene Besserung erkennen. Dies treffe auch für uns in Baden zu. Auch drüben in der Pfalz und im Saargebiet sei die Bautätigkeit eine recht gute. Daß die Situation auch in Unternehmertreife als gebessert betrachtet wird, beweist ein Artikel in der „Pfalz- und Baugewerbe-Zeitung“, in welchem darauf hingewiesen wird, daß in den verschiedensten Gegenden und Plätzen Deutschlands eine Belebung des Baugewerbes eingetreten sei. Zu dieser Belebung habe die Ausführung staatlicher Arbeiten, die Bahnbauten, mit beigetragen. Die Steigerung der Preise der Terraingesellschaften lasse ebenfalls auf eine Besserung der Konjunktur schließen. Durch den langen Winter ist auch manche Arbeit liegen geblieben, die jetzt im Frühjahr ausgeführt werden muß. Alles in allem sei eine wesentliche Belebung schon jetzt im Baugewerbe zu konstatieren und man könne sagen, daß die Krise überwunden sei und daß wir am Anfang einer guten Konjunktur stehen.

Während der Krise sind im großen ganzen die Ertragsverhältnisse der letzten Jahre erhalten worden. Eine der wenigen Ausnahmen bilde Bruchsal, wo aber die Kollegen selber die Schuld treffe. Dort sind die Kollegen, nachdem sie ihre Lage mit Hilfe der Organisation verbessert hatten, von dieser weggelaufen, haben die Verbandsbeiträge „gespart“ und dürfen sich jetzt Lohnabzüge von etlichen Mark in der Woche gefallen lassen. Ähnlich haben die Kollegen in Waldkirch sich verhalten, wo die Unternehmer statt 46 Pf. nur 42 oder 40, im Winter gar nur 35 Pf. Stundenlohn gezahlt hatten. In den übrigen Orten aber haben die Unternehmer es nicht gewagt, an den bestehenden Lohnverhältnissen zu rütteln.

Fragen wir uns jetzt, welche Aufgaben wir künftig zu erfüllen haben, so dürfen wir nur in den Reihen der Kollegen umhau halten und wir werden die Antwort gleich haben. Was

wir an Lohnsteigerungen erklämpft haben, das ist durch die Steigerung der Preise der notwendigen Lebensmittel zum guten Teil wieder aufgewogen worden. Diese Steigerung beträgt durchschnittlich über 25 Prozent, auch alles andere, was man sonst zum Leben braucht, ist teurer geworden, auch die Steuern sind gestiegen. Die Lage der Berufscollegen ist heute genau so schlecht, als vor dem Jahre 1906, dazu kommt, daß wir einen langen Winter hinter uns haben, dessen Wirkungen bei unseren Kollegen noch lange fühlbar sein werden. Krankheiten und eine große Zahl von Unfällen vermehren das Elend in den Familien der Bauarbeiter. Jetzt muß es unsere Aufgabe sein, Besserung zu schaffen; sobald die bestehenden Verträge abgelaufen sind, muß eine Erhöhung der Löhne gefordert werden. Die große Zahl der Krankheiten und Unfälle im Berufsleben beweisen, wie notwendig eine Verkürzung der Arbeitszeit sei. Das werde allerdings auf den Widerstand der Unternehmer stoßen. Das Unternehmertum ist bekräftigt, Lohnbewegungen auf breiter Basis herbeizuführen und damit die Stohkraft der Arbeiterschaft zu brechen. Das ist den Unternehmern bisher nicht gelungen. Jetzt will man Tarifabschlüsse einrichten, daß die Tarife auf einen Tag ablaufen. Damit will man die Macht der Arbeiterorganisation zerstören. Wir werden bei den kommenden Bewegungen mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wie bisher. 1910 werden in den hauptsächlichsten Vertragsorten Deutschlands die Verträge zu Ende gehen. Die Arbeitgeber-Verände haben zu den kommenden Lohnbewegungen bereits Stellung genommen.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Macht der Arbeitgeberorganisation erheblich gestiegen ist. Der Arbeitgeberverband umfaßt zurzeit 660 Ortsverbände mit 22286 Mitgliedern. Es ist also etwa die Hälfte der Unternehmer organisiert. Wir müssen mit einem schweren Kampf im nächsten Jahre rechnen. Darauf müssen wir uns einrichten, wir müssen uns gegenüber den organisierten Unternehmern zur Wehr setzen. Wir fürchten uns nicht vor den Schwierigkeiten, wir werden alle Kraft daran setzen, derselben Herr zu werden. Jetzt heißt es rüsten, jetzt heißt es die Mulklosigkeit bekämpfen, einen andern Geist bei den Kollegen einzusetzen lassen. Jeder einzelne muß agitieren und dafür sorgen, daß wir im nächsten Jahre gerüstet dastehen. Benutzt jede Gelegenheit zur Agitation, damit wir im Herbst fest und geschlossen dastehen. Dann werden wir aus dem Kampf als Sieger hervorgehen.

Philipp weist auf den Streik in Pforzheim hin, wo der Vertrag am 31. März d. J. abgelaufen sei und wo die Arbeitgeber den Vertrag gekündigt haben, um eine Lohnkürzung vorzunehmen; dadurch wurden die Maurer gegen ihren Willen in den Kampf getrieben. Aus der Bruchsaler Gegend hätten sich in Pforzheim Arbeitswillige gefunden, aus der Karlsruher Gegend nicht ein einziger. Es muß streng darauf geachtet werden, daß gegenüber den Pforzheimer Kollegen Solidarität geübt wird. Vor allem muß ein scharfes Augenmerk auf jene Kollegen gerichtet werden, die der Organisation den Rücken gekehrt haben. Redner erwähnt ferner, die Bauhilfsarbeiter für die Organisation zu gewinnen. Philipp gibt noch verschiedene Anregungen und schließt nach einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband der Maurer die sehr gut verlaufene Versammlung.

In Durlach fand am Donnerstag ebenfalls eine überaus stark besuchte Maurerverammlung statt. Von den in Durlach überhaupt beschäftigten Maurern fehlten nur 12. Auch diese Versammlung war auf 4 Uhr nachmittags anberaumt. Sie tagte im „Lamm“.

Der bekannte liberale Pfarrer Korell spricht heute Abend im Eintrachtsaal über den Stand der Reichsfinanzreform und die politische Lage. Die Versammlung ist vom demokratischen, freisinnigen und nationalsozialen Verein einberufen.

Das Hoftheater beabsichtigt, seine Abonnementpreise zu erhöhen, da das Defizit in den letzten Jahren 800 000 Mark betrug und im Jahre 1908 sich ein weiterer Mehrbedarf von 100 000 M. herausgestellt hat.

Der neue Blis-Fahrplan für den Sommer 1909, hergestellt und herausgegeben von der Druck- und Verlags-Gesellschaft vorm. Döbber in Emmendingen ist wieder rechtzeitig erschienen. Dieser handliche, sehr übersichtliche Fahrplan ist für alle diejenigen, die Reisen im Großherzogtum Baden unternehmen, ein unentbehrlicher Reisebegleiter geworden. Allein das schnelle Zurechtfinden auf allen bezeichneten Strecken empfiehlt den Fahrplan von selbst, und wer einmal in ihm geklärt hat, möchte ihn nicht mehr missen. Er ist in der Volksbuchhandlung, Markgrafenstraße 26, zum Preise von 25 Pf. zu haben.

Der Weltkinematograph, Kaiserstraße 133, führt diese Woche seinen Besuchern ein Programm vor, das anzusehen niemand verschmähen sollte. Die Firma ist stets bemüht, nur immer das Beste zu zeigen und nur ganz hervorragende Sujets werden in die Programme aufgenommen.

Leichenfund. Am Freitag wurde im Rheinhafen die Leiche eines Mannes gefunden, die schon bis zur Unkenntlichkeit in Verwesung übergegangen war. Sie lag wohl schon über einen Monat im Wasser. In den Kleidern der Leiche befand sich eine mit Klebstift geschriebene Notiz auf einem Blatt folgenden Inhalts: „Peter Huber, Karl Vertrams, geb. 22. 8. 76 zu Oberhausen, Reg.-Bez. Württemberg a. d. N. Militärdienst eingetreten 10. 2. 75. 1. Weisf. Infanterie-Reg. Leichter Aufstellung Mühlheim.“ Die Leiche wurde in die Leichenhalle im Stadtteil Mühlburg verbracht.

Notiz: Die Leiche ist die des früheren Ausschüßers der hiesigen Straßenbahn: Friedrich Wilhelm Renold aus Schwabenhausen, Amt Wozberg, 26 Jahre alt, ledig, der von der Staatsanwaltschaft hier wegen Betrugs verfolgt und seit November vor. J. 08. verurteilt wurde.

### Telegramme.

#### Abstimmung in der Finanzkommission.

Berlin, 1. Mai. Die Finanzkommission des Reichstags ist am Samstag endlich zur Abstimmung gekommen und das Ergebnis war, daß der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Ausarbeitung einer Wertzuwachssteuer auf Immobilien einstimmig und der Antrag derselben Partei, wonach die Regierung die Ausarbeitung einer Wertzuwachssteuer auf bewegliches Kapitalver-

mögen erwägen soll, mit großer Mehrheit angenommen wurde. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt. Der konservative Antrag, der eine Wertzuwachssteuer auf Immobilien und Wertpapiere forderte, wurde gegen die Stimmen des Zentrums, der Konservativen und der Polen mit Stimmengleichheit (14 zu 14) abgelehnt, da die Sozialdemokraten sich nicht für die Stimme enthielten, sondern ebenfalls dagegen stimmten. Der freisinnige Antrag Wiener, der eine Besteuerung der Erbanfälle an Deszendenten und Ehegatten verlangte, wurde mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt, der zweite Teil, der eine progressive Vermögenssteuer verlangt, mit 16 gegen 12 Stimmen. Der nationalliberale Antrag, der eine Erbanfallsteuer für Deszendenten und Ehegatten, sowie für den Fall, daß dadurch 100 Millionen nicht einkommen, für den Rest eine Wertzuwachssteuer auf Immobilien verlangte, wurde ebenfalls abgelehnt, und ebenso der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller.

#### Bülow und die Konservativen.

Berlin, 1. Mai. Zur parteipolitischen Lage äußert der Börsen-Curier an zuständiger Stelle, Reichskanzler Fürst Bülow habe den Führern der Konservativen gegenüber zum unabweislichen Ausdruck gebracht, daß er eine Finanz- und Steuerreform aus den Händen des Zentrums und der Polen nicht entgegennehmen werde. Aus der Haltung der Konservativen werde er die Konsequenzen ziehen. Ob diese Konsequenzen in dem Rücktritt des Reichskanzlers oder in der Auflösung des Reichstages bestehen werden, ist noch nicht bestimmt.

#### Vereinsanzeiger.

Freiburg. (Gewerkschaftsartell.) Mittwoch, 5. Mai, Kartellsitzung in der „Stadt Belfort“, Marktstraße 30. Beginn 8 Uhr. Zahlreiches pünktliches Erscheinen aller Delegierten erwartet 2809 Der Kartellvorstand.  
 Bad. (Sozialdem. Verein.) Dienstag, 4. Mai, abends 1/2 9 Uhr auf der „Schanze“, Monatsversammlung. Tagesordnung: Beitragserhöhung. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwünscht. 2328

#### Quittung.

Für den Wahlfond eingegangen:  
 Von F. 20 Pf., von Schmidt 55 Pf., von den Angestellten des Metallarbeiterverbandes Karlsruhe laut Beschluß des Münchener Parteitagess als Arbeitsverdienst für den 1. Mai 31 M., dito von Rantes 6 M.  
 Bisher quittiert 189,05 M. Summe 226,80 M.  
 Weitere Beiträge nehmen entgegen: Expedition des „Volkfreund“, A. Brandel, Kassier des Wahlvereins, Marienstraße 1, sowie sämtliche Vorstandsmitglieder.

Mehrere tüchtige  
**Maschinenformer**  
 stellt bei gutem Lohn  
 sofort ein 2312  
**Eisenwerk Kändern**  
 Kändern in Baden.

Tüchtige  
**Tagelöhner**  
 Lohnstarif I, auf Werkstätte,  
 finden dauernde Beschäftigung bei  
**Spiegel & Wels.**  
 Damen- u. Kinderkleider  
 werden billig angefertigt.  
 Hülfenstr. 62, 3. St.

Ältere, zuverlässige  
**Person, welche selbst-**  
**ständig eine Haushaltung**  
 führen kann, sofort ge-  
 sucht. — Näheres bei  
**Karl Kreis, Morgen-**  
**straße 22.** 2329

Grosser Spiegel,  
 neu, mit geschliffenem Glas und  
 schönem Rahmen, für nur 2 M.  
 zu verkaufen. 2276  
 Herrenstraße 6, Hintert. 2. St.

Schöne  
**2 Zimmerwohnungen**  
 im Hinterhaus mit Kochgas auf  
 1. April 1909 zu vermieten.  
 Näheres Rüppurrerstr. 20  
 im Bureau. 247

Zurückgekehrt  
**Dr. Dieckmann**  
 Durlacher Allee 21.  
 2325

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.  
 Geschäftliche am 27. April: Franz Freyher von Puttkammer von Nienmehle, Rittergutsbesitzer adma, mit Emilie Auguste von Pfundendorfer. Eduard Fint von Strahburg, Betriebsassistent hier, mit Anna Götz von Engen. Arthur Wülfel von hier, Kaufmann hier, mit Hilba Gantz von Staßfurt. Wilhelm Graf von Landskron, Photograph hier, mit Barbara Wülfel von Worms.

**Alona**  
 Fahrräder  
 u. Zubehörtelle enorm billig  
 Kataloge gratis. Vertreter ge-  
 sucht. Fahrradhaus Wöhler  
 Freiburg i. B. G.

Blusen  
**Kostümröcke**  
 flammend billig. 2367  
 Nur modern fertige Damen-  
 blusen in allen Farben und  
 Weiten u. d. einfachsten bis zu den  
 feinsten. Weiße Watteblusen  
 schon verziert, von M. 4.75 an.  
 Hübsche Sachen in Wolle, Seide  
 und schwarze Blusen usw. Unter-  
 taillen, Damen- und Kinder-  
 strümpfe. Girischtr. 52, port.  
 kein Laden, daher sehr bill. Preise!

Schüßentr. 77 ist ein  
 Zimmer, große Küche und  
 Keller an kleine Familie od. ein-  
 zelne Person auf 1. Juli zu ver-  
 mieten. Zu erfrag. 3. St. 2322

**Fahrrad**  
 noch gut erhalten, für 35 M.  
 zu verkaufen  
 Zacherstraße 19, 1. St.

Kaiserstraße 71 bei Herrn  
 Adam Trutz ist sofort ein  
 schön. Mansardenzimmer zu ver-  
 mieten; ebenfalls selbst können noch  
 einige solide Arbeiter Zimmer  
 und Nebenstück erhalten. 2327  
 Goethestr. 24, 4. St. reichl.  
 ist ein gut möbl. Zimmer  
 für 16 M. mit Kaffee sofort zu  
 vermieten

Sämtliche  
**Literatur**  
 und  
**Schul-Artikel**  
 empfiehlt  
**Partei-Buchhandlung**  
 Markgrafenstr. 26.

Seite für 3  
 Heine  
 Capuzier  
 Sch  
 Bol  
 ff. at  
 per yd.  
 Buc  
 in den  
 Verkau  
 Nächste  
 Ziehung ge  
 Bad. Ro  
 Nur Geld  
 3338 Bar-  
 Gew. 4400  
 2000  
 1400  
 1000  
 Lose à 1 M.  
 empf. Lott-  
 J. Stillermer  
 in Karlsruhe  
 Habelstras  
 für Bro  
 komplette  
 für 25  
 2 Weiten m. Inha  
 1 Kanne, 1  
 1 Silber, 1  
 1 Kuchentisch, 1  
 1 Gode, 1 Gerb  
 Heinrich  
 Karlsruh-M  
 Marktstr. 19,  
 Fa  
 Zwe  
 zu er  
 Scho  
 Stein  
 1.00 2  
 1.05 2  
 1.05 2  
 1.05 2  
 Neue!  
 Für Radf  
 Motorfab  
 Automob  
 Ganzant das B  
 schäftungsmittel. P  
 während der  
 zumeist Verle  
 schändetes durch  
 Scherde  
 wie Schläuche.  
 mit so harten K  
 dem Gummi  
 und Mädeln schon  
 haben pro Vent  
 sein Generalt  
 Josef  
 Grein  
 Wiederverk  
 dem Verdien  
 geht.







